PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht vom Buchhandel, von der Post und direkt vom Verlage | Berlin, den 2. Juni 1920. | In Groß-Deutschland: für 16.— M. vierteljährlich. M. 60.— für das Jahr. Ins Ausland: für 60.— u. 200.— M.

Sozialisierung der Banken.

Als während der Revolution die Forderung nach Sozialisierung der deutschen Wirtschaft sich mit elementarer Gewalt geltend machte, stand eine Zeitlang die Sozialisierung der Banken besonders im Vordergrund. Hier bestand zunächst genau so wenig wie bei Bergwerken ein Zweifel über die Form, in der die Sozialisierung zu vollziehen sei. Während bei den verschiedenen Industriezweigen die mannigfachsten Formen der Sozialisierung befürwortet und bekämpft wurden, schien bei Bergwerken und Banken der Sozialisierungszweck am einfachsten auf dem Wege der Verstaatlichung erreicht. Wenn man die Banken verstaatlichte, so gewann man dadurch die hohen Profite der Bankinstitute für den Säckel der Allgemeinheit. Außerdem war das System der Staatsbank an sich durchaus nichts neues. Es galt als erwiesen, daß der Staat Bankgeschäfte betreiben könne. Man hatte mithin nicht nötig, auf diesem Gebiete erst noch gefährliche und kostspielige Experimente zu machen. Unbestreitbar war an solchen Betrachtungen die Konstatierung der Tatsache, daß durch die vorhandenen Staatsbanken die Fähigkeit des Staates, Bankgeschäfte zu betreiben, erwiesen war. Man konnte mit dieser Beweisführung sogar noch viel weiter gehen: Es gibt kaum einen Gewerbezweig, dessen Geschichte in ähnlicher Weise wie das Bankgeschäft von Anbeginn an mit der Tätigkeit des Staates verknüpft gewesen ist. Schon die Uranfänge der Banken weisen auf öffentliche Institute hin, die nachweisbar z. B. in Babylon bestanden. Zum Ueberfluß wurde von den Befürwortern der Bankensozialisierung noch darauf hingewiesen, daß jede Großbank heute bereits einen bureaukratisierten Apparat darstelle, der meist von einem Kollegium nach bestimmten feststehenden Richtlinien geleitet werde, und infolgedessen kaum noch eine Veränderung erfahre, wenn an Stelle des Bankkapitals, falls man die Aktien nicht direkt in den Besitz des Staates übergehen lassen wolle, die Garantie des Staatskredits trete, oder wenn unter Beibehaltung der privatwirtschaftlichen Form, ähnlich wie bei der Reichsbank, die Leitung auf den Staat übergeht, und die Länder oder das Reich sich Anteile am Bankgewinn ausbedingen. Während aber auf die Diskussion dieser Frage viel zu großes Gewicht gelegt wurde, geriet die viel wichtigere Frage ins Hintertreffen, ob die Verstaatlichung überhaupt, oder welche Formen und Zwischenformen der Verstaatlichung zweckmäßig seien. Ganz vernachlässigt wurde besonders die Erörterung darüber, ob denn Verstaatlichung und Sozialisierung überhaupt identisch seien. Das trifft zu, wenn man unter Sozialisierung lediglich die Ueberführung eines Betriebes oder Gewerbezweiges in die öffentliche Hand versteht. Unter diesem Gesichtswinkel bedeutet die Verstaatlichung mindestens eine Form der Vollsozialisierung, sogar dann, wenn man unter Verstaatlichung in weiterem Sinne auch die Kommunalisierung versteht, die Form der Vollsozialisierung schlechthin. Aber dann wäre das Wort Sozialisierung nur eine andere Bezeichnung für den Begriff der Verstaatlichung, und man könnte sogar weiter daraus folgern, daß die Verwirklichung des Sozialismus gar nichts anderes bedeute, als die Erfüllung der Ideale jenes Staatssozialismus, der in den letzten Jahrzehnten in Deutschland nicht nur gefordert und begeistert gepredigt, sondern in den mannigfachsten Formen auch bereits durchgeführt war. Jedoch so wenig, wie Sozialismus mit Staatssozialismus identisch ist, erschöpft sich der Begriff der Sozialisierung in der Verstaatlichung. Freilich, selbst für viele Sozialisten gilt heute noch der Sozialismus in erster Linie als ein Verteilungsproblem, und in Verfolg dieser Anschauung bewegen sie sich in

dem gleichen engen Kreis wie die Staatssozialisten, die lediglich den Ertrag gewisser Unternehmungsreihen der Allgemeinheit zuzuführen trachten. Das geschieht allerdings restlos durch die Verstaatlichung. Wenn das das Wesen der Sozialisierung darstellte, so wäre es eigentlich ganz überflüssig gewesen, das ohnehin nicht sehr schöne Wort Sozialisierung zu erfinden, wo man doch das schöne deutsche Wort Verstaatlichung hat. Aber Sozialisierung bedeutet eben viel mehr. Erst in zweiter Linie steht nämlich in der sozialistischen Problematik die Ueberführung der Gewinne auf die Allgemeinheit. Sie ist auch nicht der Grund für die Notwendigkeit der Umwandlung der Unternehmungen in andere Organisationsformen. Vielmehr verlangt der Sozialismus die Wahl der Organisationsform nach dem Gesichtspunkt der Entfaltungsmöglichkeit höchster Produktivität. Nicht allein der Gewinn, sondern in erster Linie die Produktivkraft des Unternehmens soll in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden, weil es dem Sozialismus gilt, die möglichst hohe Vervollkommnung der gesellschaftlichen Arbeit zu erreichen. Sozialisierung der Banken ist infolgedessen mehr und anderes als Verstaatlichung. Und es ist deshalb vielleicht richtiger, als von einer Sozialisierung der Banken, von einer Sozialisierung des Bankgeschäfts zu sprechen.

Wenn mithin durch die Verstaatlichung der Banken nichts anderes erreicht würde, als die Ueberführung der Gewinne, die in gleicher Höhe wie bisher erzielt werden, auf den Staat, so würde das sicher keine wahre Sozialisierung sein. Ueberhaupt hat die Gewinnwirtschaft der Banken an sich mit dem Begriff der Sozialisierung gar nichts zu tun. Man faßt eben das Problem des Sozialismus viel zu eng an, wenn man als ein Objekt ein einzelnes Unternehmen, ja selbst einen ganzen Gewerbezweig ansieht. Es ist ja gerade deshalb auch ein Unsinn, die jetzt so sehr beliebte Unterscheidung zwischen zur Sozialisierung reifen und zur Sozialisierung noch nicht reifen Unternehmungen zu machen. Denn das Objekt jeder Sozialisierung kann nur die Volkswirtschaft in ihrer Totalität sein, und welche Rolle dabei den einzelnen Zweigen der Wirtschaft zufällt, und in welche Formen des Betriebs und der Verwaltungsorganisation diese eingepaßt werden müssen, das hängt jeweils von der Stellung ab, die diese einzelnen Gewerbezweige innerhalb der Gesamtwirtschaft einnehmen.

Das Bankgewerbe ist innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation ein Hilfsgewerbe. Vielleicht das wichtigste, aber jedenfalls nur ein Hilfsgewerbe, genau wie die Post, die Eisenbahn und die Spedition. Es dient dazu, die anderen Gewerbe zu befruchten und ihnen durch das Mittel der Kreditzuteilung die Entfaltung der höchsten Produktivität zu ermöglichen. Nach den Gesetzen dieser kapitalistischen Volkswirtschaft von vorgestern stellten sich die einzelnen Unternehmen und die einzelnen Unternehmungszweige gewissermaßen selbsttätig auf ihren gesellschaftlichen Zweck ein. Ihr automatisch wirkender Regulator war der Profit des einzelnen Unternehmers. Dieser Grundsatz galt auch für das Bankgewerbe. Es wurde dabei als selbstverständlich angenommen, daß der Bankunternehmer, um seinen Profit zu machen oder zu erhöhen, von selbst geneigt war, so viel Kredit wie möglich in der Form, wie er am vorteilhaftesten unterzubringen war, und zu solchen Bedingungen zu gewähren, die seinen Abnehmern günstig und begehrenswert erschienen. Es galt als ebenso selbstverständlich, daß der Bankunternehmer, um viel Kredit gewähren zu können, auch für die Entgegennahme von Geldern die günstigsten Bedingungen stellte, so daß er damit für die richtige Bewegung und Mischung der Kapitalmengen im Lande sorgte. Und endlich galt es als des Beweises nicht bedürftig, daß der Bankunternehmer, um seinen Kredit zu festigen, und damit auch seinen Profit dauernd zu gestalten, auch für die Sicherheit seiner Anlagen und damit der ihm anvertrauten Gelder durch die Beachtung der Gesetze der Solidität und der Liquidität von sich aus schon am besten sorgte. Mit einem Wort: Man identifizierte das für den einzelnen Unternehmer privatwirtschaftlich vorteilhafteste ohne weiteres mit der besten Sorge für das volkswirtschaftlich vorteilhafteste. Nun ist das innerhalb gewisser Entwicklungsgrenzen auch tatsächlich richtig gewesen. Die deutschen Universalbanken haben wie kaum eine andere Institution im kapitalistischen Deutschland, geradezu vervorragendes für die kapitalistische Befruchtung des an sich ursprünglich kapitalarmen Landes geleistet. Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands während der letzten Jahrzehnte kommt nicht zum mindesten auf die Rechnung der deutschen Großbanken, und gerade die so geschmähten und angegriffenen Gründungsgeschäfte der Institute haben diese Wirkung am sichtbarsten hervorgebracht. Aber auf der anderen Seite war es auch selbstverständlich, daß gerade diese kapitalistische Institution der kapitalistischen Gesellschaft diejenige Eigenschaft am vollendetsten zeigte, die für die kapitalistische Produktionsmethode so besonders charakteristisch ist: Die Emanzipation der Hilfsgewerbe von ihren Hilfszwecken. Das Bankgeschäft ist von der einzelnen Unternehmung mehr und mehr als

Selbstzweck betrachtet worden. Alle Kautelen, mit denen vorsichtigerweise das Bankgeschäft sich umgab, dienten letzten Endes nur der Erzielung und Sicherung des Profites. Die Richtung, nach der die Kapitalien verwandt wurden, und die Beaufsichtigung dieser Verwendung bei den Kreditnehmern, geschah ebenso immer mehr lediglich unter dem privatwirtschaftlichen Gesichtswinkel der Bankunternehmer. Das Kapital kam nicht mehr dahin, wo es im Interesse der Gesamtwirtschaft am notwendigsten war, sondern dorthin, wo es sich am besten und am leichtesten rentierte. Das war relativ gleichgültig, solange wie Kapital in Deutschland im Ueberflusse vorhanden und wie die Gesamtproduktivität der Volkswirtschaft genügte, um vor dem Kriege ein 60-Millionenvolk zu ernähren. Die Untersuchung aber, ob wirklich noch der reine Profitzweck der Privatbankwirtschaft auch der volkswirtschaftlichen Wohlfahrt entspricht, erhält in dem Augenblick eine besondere Bedeutung, wo es gilt, die deutsche Volkswirtschaft nach dem Zusammenbruch des Krieges neu aufzubauen, und wo alle Produktivkräfte der Nation gleichmäßig auch der Kapitalfürsorge teilhaftig werden müssen.

An diesem Punkt muß eben wieder einmal von neuem daran erinnert werden, daß das Bankgeschäft eine der wichtigsten Dienerrollen in der Gesamtwirtschaft darstellt, und daß zur Ausfüllung dieser Rolle der automatische Profitregulator von früher nicht ohne weiteres genügt. Bisher kontrollierte zwar, wie schon angedeutet, in vielen Fällen die Bank bereits, wie der von ihr gewährte Kredit verwendet wurde, aber diese Kontrolle erstreckte sich im wesentlichsten nur darauf, ob die Verwendungsart die Sicherheit des Kreditgebers nicht gefährdete. Dagegen war es im Durchschnitt der Fälle der Bankleitung ganz gleichgültig, ob sie den Kredit an einen Gewerbezweig oder einem Unternehmen gewährte, die mit dem so gewonnene Kapital vielleicht ganz überflüssige Dinge herstellten, oder ohne jede Förderung der gesellschaftlichen Produktivität arbeiteten. Für die Sozialisierung der Banken ist daher die Form der Bankunternehmung an sich ganz gleichgültig. Dagegen ist für sie um so wichtiger die Sorge um die Verwendung der Bankkapitalien seitens der Bank und seitens der Kreditnehmer. Daraus ergeben sich auch für die Formen der Sozialisierung ganz bestimmte Forderungen. Wie bei jeder wirklich vergeistigten Sozialisierung, kommt es zunächst darauf an, den auch in Zukunft wichtigen Faktor der Privatinitiative des Unternehmers und seines Privatinteresses am Profit nicht auszuschalten, denn diesen Regulator kann auch das Bankgewerbe in keiner Wirtschaftsart entbehren. Aber es kommt eben darauf an, für das Streben nach Profit und für das Einsetzen der Privatinitiative nur solche Wege offen zu lassen, die gewissermaßen automatisch zur Steigerung der Produktivität der Gesamtwirtschaft führen und außerdem den Profit in einer so beweglichen Weise begrenzen, daß seine Erhöhung zwar möglich, aber nur dann möglich wird, wenn mit der Vergrößerung der Profitsumme auch gleichzeitig eine Steigerung der Produktivität erzielt wird. Infolgedessen werden die bisher schon bestehenden Grundsätze der öffentlichen Bankkontrolle erweitert werden müssen, die die Anlage der Depositengelder so beaufsichtigen, daß durch sie, die Aufgaben der Geldzirkulation nicht erschwert und keine unzulässige Vermengung von Geld- und Kapitalmarkt herbeigeführt wird. Es werden ferner alle Momente auszuschalten sein, die auf eine übermäßige Verteuerung des Kredits hinzielen. Im großen und ganzen wird man auch hier wie bei den übrigen Gewerbezweigen zu fordern haben, daß das Bankgewerbe in seiner Gesamtheit zu einem großen Selbstverwaltungskörper zusammengeschlossen wird, dessen Leitung rationalisierende Dispositionsbefugnis ausübt. Die Vielheit der Bankinstitute wirkt heute zweifellos Unkosten verteuernd. Daß in den Berliner Straßen dicht beieinander Depositenkassen der verschiedensten Bankinstitute teuer zur Miete wohnen, daß sie ein vielfaches des bei rationeller Zusammenarbeit Nötigen, an Personal unterhalten, ist gesamtwirtschaftlich eine Ueberbelastung, die in keinem Verhältnis zu den dadurch bedingten volkswirtschaftlichen Vorteilen steht. Denn selbst die Konkurrenz der Banken untereinander, die man so hoch preist, und die jetzt schon dazu geführt hat, daß in dünn bevölkerten Städten sich zwei, drei oder mehr Banken gegenseitig die Kundschaft abjagen, ist volkswirtschaftlich ein Nachteil, aber kein Vorteil. Denn diese Konkurrenz führt letzten Endes dazu, in einzelne Unternehmungen Kredite hineinzupressen, die an anderen Stellen besser verwandt werden können. Denn das veramte Deutschland kann es sich jetzt nicht mehr leisten, daß seine Fabriken alle möglichen Güter lediglich nach der Maßgabe des zufällig zur Verfügung stehenden Kapitals herstellen, sondern die Verwendung des Kapitals muß darauf geprüft werden, ob die Produktion, der dieses Kapital dienstbar gemacht wird, auch noch volkswirtschaftlich erwünscht ist.

Die gewisse Beteiligung des Staates an dem Ertrag der Bankwirtschaft kann nicht in der Form der Gewinnabgabe des einzelnen Instituts gegossen werden, son-

dern sie muß ebenfalls an die Selbstverwaltungskörper des Bankgewerbes anknüpfen. Wie im Plutus schon dauernd gefordert ist, müssen diese Selbstverwaltungskörper auch die Hauptsteuerträger der Zukunft werden. Die Ueberspannung des Systems der direkten Besteuerung in der bisherigen Form ist nicht aufrechtzuerhalten. Die aufzubringenden Steuersummen müssen als Pauschale nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der zusammengeschlossenen Gewerbezweige als Leistung mit Solidarhaft den Wirtschaftsköpern der Gewerbezweige auferlegt werden. Diese Steuerbelastung wird für jeden Gewerbezweig sehr groß sein. Er wird dessen Rente erheblich schmälern. Er wird die Tendenz wachrufen, die Betriebsrente über das Mindestmaß zu erhöhen. Und es wird nun die Aufgabe des Gesetzgebers sein, die Vorschriften für die einzelnen Gewerbe so zu erlassen, daß diese Erhöhung nur durch intensivste Arbeit und rationellste Betriebsmethoden erreicht werden kann, und daß so eben jede Erhöhung der Rente über das Mindestmaß parallel geht mit dem Nutzen, den der betreffende Gewerbezweig stiftet.

Eine wirklich soziale Volkswirtschaft würde unter den heutigen Verhältnissen vor allem zur Voraussetzung haben, eine außerordentliche Spezialisierung des Bankkredits. Diese Spezialisierung des Kredits ist durch die Entwicklung des Großbankensystems aufgehalten worden oder hat sich doch nur in ganz bestimmten engen Grenzen vollzogen. Selbst die Lokalbanken, die vielfach zu dem Zwecke gegründet wurden, den Kreditbedürfnissen des kleinen und mittleren Gewerbes in eng umgrenzten Ortsbezirken zu dienen, sind vielfach über diese Grenzen hinausgegangen und zur schlechten und riskanten Nachahmung der größeren Bankinstitute geworden. So segensreich auf der einen Seite das Großbankensystem gewirkt hat, es scheint, daß ihm im sozialen Wirtschaftsstaat eine Ergänzung zur Seite treten muß. Nicht durch neue Bankgründungen, sondern durch eine Erweiterung des genossenschaftlichen Prinzips, das bisher ja schon mit Erfolg vielfach gerade für den lokalen Kredit angewandt ist, dessen Ausweitung aber in dem Wirtschaftssystem der Zukunft eine ganz besondere Bedeutung beschieden sein dürfte. Dieser Form der Sozialisierung widmete der alte Vorkämpfer der Genossenschaftsidee, der Professor Dr. Johannes Friedrich Schär, soeben eine besondere Betrachtung. Schär, der nach seiner Pensionierung als Professor an der Berliner Handelshochschule, als Nestor deutschen Handelswissenschaftler sich nach Basel als Ruhesitz zurückgezogen hat, gibt soeben sein bekanntes Buch über: „Die Bank im Dienste des Kaufmanns“ in dritter Auflage heraus. In der Vorrede zu diesem Buch schreibt er: „Es schwebt mir eine einheitlich organisierte über das Reich systematisch lokalisierte und gleichzeitig zentralisierte Volksbank auf genossenschaftlicher Grundlage vor, mit einem von der Staatsgewalt unabhängigen Selbstverwaltungskörper . . . . ich würde so weit gehen, daß jeder Deutsche . . . mit dem zwanzigsten Lebensjahre kraft des Gesetzes Mitglied dieser Volksbank würde, mit der Verpflichtung seines genossenschaftlichen Anteils, Grundbedingung wäre, ferner, daß diese alle stimmbefähigten Deutschen sich in Abteilungen gliedern würde, für Handel und Industrie, für Landwirtschaft, für Darlehen auf Unterpfand (Hypotheken), für Kleingewerbe und Private und Arbeiter (Spar- und Leihbank)“.

Dieser Plan erscheint zunächst als eine Utopie, aber es liegt in ihm ein gesunder Kern, sobald man die Schärsche Idee umdenkt, und statt von oben nach unten zu bauen, den Bau von unten herauf anfängt, aufzuführen. Die Kommune, die an sich die natürliche Konsumgenossenschaft ist, scheint auch die gegebene Kreditgenossenschaft der Staatsbürger zu sein. Es ließe sich sehr wohl der Gedanke realisieren, die sämtlichen Stadtbürger genossenschaftlich in einer Weise zu verbinden, die es ermöglicht, diejenigen lokalen Kreditbedürfnisse zu befriedigen, die der individuellen Pflege und Ueberwachung bedürfen. Man braucht nur an eine Erweiterung etwa auf der Basis der Zwangsmitgliedschaft der bestehenden städtischen Sparkassen derart zu denken, daß diese Kassen zunächst die Geldmittel bereitzustellen haben, die für die zukünftige Stadtwirtschaft in den monopolisierten Lebensmittelbetrieben, in Bäckereien und Schlächtereien, notwendig sind, und daß sie mehr noch als bisher in privatwirtschaftlicher Verwaltung von der städtischen getrennt, dem individuellen Kreditbedürfnisse der von den Großbanken nicht erfaßten Stadtbürger nach Maßgabe der Produktivität der Gesamtwirtschaft entgegenzukommen haben. Diese städtischen Genossenschaften, hätten sich landschafts- und länderweise zu Generalgenossenschaften zusammenzuschließen, über denen dann als Schlußstein die Reichsgenossenschaft mit allgemeiner Girozentrale thronen könnte. Es steckt in diesem Gedanken ein lebensfähiger Keim, der in der Zukunft so oder so verwirklicht werden wird.

Internationale Kassenscheine.

Vom Amtsrichter Dr. A. Cohen-Hamburg.

Eine große Valuta-Anleihe für Deutschland halte ich, wie die Leser des „Plutus" wissen, nicht in dem Maße entscheidend für den Wiederaufbau, wie der folgende Artikel. Trotzdem ist der Vorschlag zur praktischen Durchführung einer solchen internationalen Anleihe zweifellos beachtenswert. G. B.

„Die Welt eilt dem Chaos entgegen und merkt es nicht", so beginnt ein „Die Todesgefahr des Kontinents" überschriebener Artikel in der „Frankf. Ztg." vom 30. Januar d. J. Es scheint nun aber doch, daß sie es gemerkt hat. Man will Deutschland bei der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung helfen, in der Erkenntnis, daß Gläubigerstaat und Schuldnerstaat eng — ja auf Gedeih und Verderb eng zusammengekoppelt sind.

In der Tat, es ist immer so: Kommt ein Schuldner zu Geld, so geht es dem Gläubiger gut; von der Bonität des Schuldners hängt die wirtschaftliche Existenz des Gläubigers ab. Wenn jemand eine Million im Vermögen hat und diese Million schuldet ihm Rotschild, so sind seine Vermögensverhältnisse gut, schuldet ihm diese Million dagegen ein Bankerotteur, so ist er ein Habenichts. Fürwahr eine Erkenntnis, die nicht allzu schwer zu erringen ist, und zu dieser Erkenntnis hat sich scheinbar auch der Oberste Rat in langen Konferenzen und vielleicht im Widerstreben der Macht, die es am meisten angeht, durchgerungen.

Nach dem Entschluß, daß geholfen werde, erhebt sich die Frage, wie zu helfen ist und wer helfen soll. Wirtschaftlich beantwortet sich die letztere Frage einfach: alle die es wirtschaftlich angeht. Und wirtschaftlich geht es die Neutralen fast ebenso an — wenn auch von anderen Gesichtspunkten aus — wie die bisher feindlichen Staaten. Es ist für alle Länder, soweit sie Rohstoffe produzieren und exportieren, von eminenter Bedeutung, daß nicht ein großer Teil Europas vom Konsum ausgeschlossen bleibt, als nicht konsumfähig, weil nicht zahlungsfähig. Das muß in absehbarer Zeit zu einer Handelskrisis von ungeahntem Umfang führen. Denn in der Welt wachsen, auf die Volkswirtschaft eingestellt, die Rohprodukte nach. Sie werden, sobald der Absatz sich zu verringern beginnt, aufgestapelt und zu Lager gebracht, sie füllen Lagerhäuser und Speicher, daß kein Platz mehr ist, und immer weiter wachsen sie nach und drängen nach Absatz — unerbittlich. Der Beispiele gibt es schon jetzt.

Diese durch den Stand der Valuten der unterlegenen Völker gegebenen Verhältnisse sind sicherlich den leitenden Staatsmännern nicht unverborgen geblieben. Auch nicht in Amerika. Wenn Amerika sich bisher abseits hält, beizutragen zu der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft, so sind hierfür wohl neben wirtschaftlichen Erwägungen in Rücksicht auf die amerikanische Industrie in erster Linie politische Gründe gar nicht einmal deutschfeindlicher Art maßgebend.

Zur Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft ist ein Zusammenwirken Deutschlands und der bisher feindlichen und der neutralen Staaten notwendig. Dreierlei ist hierzu erforderlich: Steigerung der Arbeit — unser Heil liegt in exportierter Arbeit —, Schließung der Grenzen, Kredit.

Ein gewährter offizieller Kredit kann in Deutschland nutzbar gemacht werden zur Beschaffung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, oder aber zur Hebung der Valuta. Beides ist für Deutschland notwendig. Allein wenn sich durch Kreditgewähr die Valuta Deutschlands hebt und stabiliert wird, dann ist privatwirtschaftlicher Kredit gerade in Anbetracht der steigenden Rohstoffmengen nicht allzu schwer zu erlangen; ist er doch auch trotz der entsetzlich entwerteten Valuta gegeben — und man wußte wohl warum. Allerdings ist für jede Kreditgewährung Voraussetzung, daß man der Ueberzeugung ist, die deutsche Zahlungsbilanz — sie ist jetzt fast gleichbedeutend mit Handelsbilanz — werde einmal wieder aktiv werden, denn eine dauernd und fortschreitend passive Zahlungsbilanz bedeutet Bankerott. Aktiv aber kann unsere Zahlungsbilanz nur werden durch gesteigerte Arbeit, und wiederum ist die Arbeit nur zu steigern, wenn wir Lebensmittel und genügende Rohstoffe kaufen können. Wir können sie kaufen, sobald unsere Valuta sich einigermaßen normalen Verhältnissen annähert.

Die Möglichkeiten, die deutsche Valuta zu heben, sind sicherlich zahlreich. Es gilt den Weg zu finden, der den größtmöglichsten Nutzeffekt bei niedrigsten Kosten für Deutschland und geringstem Risiko, aber wirtschaftlichen Vorteil für die kreditgebenden Staaten ergibt.

Ich nehme als Prämisse, daß die neutralen Staaten einschließlich Amerikas zu einer solchen Hilfe bereit sind, wobei es aber für die entwickelte Idee an sich gleichgültig ist, ob Amerika und Holland oder England und Japan oder sonst eine Macht als beteiligte Staaten auftreten.

Der im folgenden entwickelte Gedanke ist der einer reinen Valutaanleihe durch Ausgabe internationaler Kassenscheine.

Die führenden Banken in den Vereinigten Staaten, Holland, Spanien, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark bilden in jedem Lande für sich Konsortien, und diese Konsortien schließen sich wieder zu einem internationalen, solidarisch haftenden Konsortium zusammen. Dieses internationale Konsortium gibt im Betrage von einer Milliarde Dollar internationale Kassenscheine aus, und zwar übernimmt Amerika 60%, Holland 15%, Schweden, Norwegen, Dänemark, Spanien und die Schweiz

je 5%. Die Ausgabe erfolgt in drei Serien zu 330 bzw. 340 Millionen Dollar.

Die erste Serie der internationalen Kassenscheine in Höhe von 330 Millionen Dollar lautet das Stück auf 100 $ = 1200 ℳ. Sie gelangt zur Ausgabe in der Zeit vom 1. Januar 1921 bis 31. März 1921. In jedem Lande werden besondere Ausgabebanken bezeichnet, die bis zu dem Betrage des auf das betreffende Land entfallenden Anteils (also z. B. in Holland bis zum Betrage von 49,5 Millionen Dollar = 15%) diese internationalen Kassenscheine ausgeben. Die Ausgabe der Kassenscheine erfolgt nur gegen Markzahlung, also für 1200 ℳ ein Kassenschein, lautend auf 100 $ oder 1200 ℳ. Die Reichsbank und die ihr angeschlossenen Banken lösen jederzeit die Kassenscheine zum Nennbetrag der Mark, also bei der Serie I zu 1200 ℳ ein. Bis zum 31. Dezember 1925 muß Deutschland diese umlaufenden internationalen Kassenscheine aufgenommen haben. Soweit das nicht geschehen ist, sind die Ausgabebanken verpflichtet, in der Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. März 1926 nach Wahl des Inhabers diese Kassenscheine einzulösen in Mark oder in der Währung des Ausgabelandes, indem ein bestimmter Stichtag von vornherein fixiert wird zur Feststellung des Kurses der Valuta des Ausgabelandes zum Dollarkurs. Nach Ablauf der Zeit ist nur noch Deutschland (die Reichsbank) zur Einlösung in Mark verpflichtet.

Die Ausgabe der zweiten Serie in Höhe von 330 Millionen Dollar erfolgt in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1922 in der gleichen Weise. Diese Kassenscheine lauten auf 100 $ = 900 ℳ. Man erhält also für 900 ℳ einen internationalen Kassenschein, lautend auf 100 $ oder 900 ℳ. Diese Kassenscheine haben eine Umlaufszeit von zehn Jahren und sind dementsprechend einzulösen in der Zeit vom 1. Februar bis 31. März 1932. Auch hier ist Deutschland verpflichtet, bis zum 31. Dezember 1931 die Kassenscheine aufzunehmen. Ist das nicht geschehen, so tritt, wie oben ausgeführt, die Einlösungspflicht der Ausgabebanken ein.

Die dritte Serie im Betrage von 340 Millionen Dollar gelangt am 1. Januar 1923 zur Ausgabe. Die Stücke lauten auf 100 $ = 600 ℳ, rückzahlbar nach 15 Jahren wie vorstehend.

Recht betrachtet, sind diese internationalen Kassenscheine Wechsel, ausgestellt vom Deutschen Reich, akzeptiert von den Emissionsbanken mit einem Ziel von 5, 10 bzw. 15 Jahren. Sie werden im Handel diskontiert wie Wechsel. Ihr Kurs wird aber doch nicht allein durch den Diskont bestimmt, sondern vielmehr durch den Kurs der deutschen Valuta. Aber auch bei alleiniger Berücksichtigung des Diskonts für den Kurs dieser Kassenscheine würde doch die Mark auf einen Stand von 15—20 ℳ für den Dollar sich heben. Daher wird jeder Ausländer, der Markguthaben hat, sofort deutsche Kassenscheine sich zu verschaffen suchen und sie gegen die goldwertigen internationalen Kassenscheine umtauschen. Daß nicht auch deutsche Staatsangehörige in Deutschland die Gelegenheit benutzen, ihr deutsches Geld umzutauschen, dafür ist Vorsorge getroffen durch das Gesetz gegen die Kapitalflucht. Die notwendige Folge und damit die Zweckerfüllung der Ausgabe dieser internationalen Kassenscheine ist das Steigen der deutschen Valuta. Daß die Steigerung fortlaufend ist, dafür sorgt die kontinuierliche Ausgabe in drei verschiedenen Serien in steigender Bewertung der Mark.

Aufgabe der deutschen Regierung ist es, sofort mit der Aufsaugung der internationalen Kassenscheine zu beginnen. Das läßt sich dadurch erreichen, daß bei den Ausfuhrgenehmigungen gewisse Vorteile gewährt werden, wenn Zahlung in internationalen Kassenscheinen erfolgt und diese bei der Reichsbank eingelöst werden. Steigt der Markkurs im Hinblick auf die Ausgabe der weiteren Serien über die Parität der Serie I, so strömen von selbst die Kassenscheine der Serie I zur Umwandlung in Mark bei der Reichsbank zusammen.

Sobald die Reichsbank im Besitz eines gewissen Betrages von Kassenscheinen ist, übersendet sie diese den betreffenden Ausgabebanken und erhält den entsprechenden Betrag in deutschem Papiergeld, womit der Einlösungspflicht Genüge getan ist. Bei der Uebersendung können diese Scheine gelocht werden, damit sie nicht wieder in den Verkehr gelangen können. Die Emissionsbanken sind zur Einlösung verpflichtet.

Um die Bankkreise der in Betracht kommenden Länder für diese Kreditgewährung geneigt zu machen, ist zweierlei erforderlich: es muß Gewinn erzielt werden, und es muß Sicherheit geleistet werden.

Der Gesamtbetrag der von den einzelnen Bankkonsortien ausgegebenen internationalen Kassenscheine ist daher von dem Deutschen Reich, vielleicht auch unter Einschiebung eines Konsortiums deutscher Banken, mit 5% pro anno nach der Höhe des jeweiligen Umlaufs zu verzinsen. Außerdem erhalten die Ausgabebanken für ihre Arbeitsleistung usw. eine gewisse Provision. Die Ausgabebanken sind auch berechtigt, die Ausgabe mit einem Agio vorzunehmen, das den emittierenden Banken verbleibt.

Die von den Emissionsbanken vereinnahmten und bei ihnen — zum Zwecke der Einlösung — verbleibenden Marknoten bieten unter den obwaltenden Umständen natürlich keine genügende Realsicherheit. Deutschland wird daher zur Hergabe von Pfandobjekten bereit sein müssen. Welcher Art diese sein werden, darüber wird eine Verständigung angestrebt werden müssen. So könnte sich beispielsweise Deutschland mit Zustimmung der Wiedergutmachungskommission verpflichten, für den Fall, daß bei Fälligkeit einer Serie weniger als drei Viertel der ausgegebenen Scheine eingelöst sind, gewisse Zölle bis zur völligen Einlösung zu verpfänden. Es muß auch von Deutschland eine gewisse Verpflichtung übernommen werden, kein neues Papiergeld auszugeben bzw. die Neuausgabe nicht ohne Genehmigung eines internationalen Kontroll-

organs vorzunehmen. Vielleicht wird hierdurch eine Zeitlang eine gewisse Knappheit an Zahlungsmitteln entstehen, weil eine nicht unerhebliche Menge Papiergeld zum Zwecke des Umtausches ins Ausland abwandern wird. Aber diese Mengen strömen bei der Einlösung der Kassenscheine wieder an die Reichsbank zurück. Zudem sorgen die Steuern für den Zustrom von Geld in die öffentlichen Kassen.

Das Steigen der Valuta muß sinkende Preise und sinkende Löhne zur Folge haben, was wiederum eine Einschränkung des Papiergeldumlaufs herbeiführt. Damit sind die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands gegeben. Es ist Sache des deutschen Volkes, durch Arbeit die Möglichkeit voll auszunutzen und den wirtschaftlichen Aufstieg zur Erfüllung zu bringen.

Revue der Presse.

Die Zuspitzung der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, die nicht auf Deutschland, wo die Besserung des Markkurses eine besondere Rolle spielt, beschränkt bleiben, sondern darüber hinaus einen internationalen Charakter annehmen, beherrscht nach wie vor die Erörterung in die Wirtschaftspresse. Grundsätzlich äußert sich über den Charakter der Krisis Rudolf Hilferding in der „Freiheit“ (26. Mai) in einer Vorbemerkung zum Abdruck eines Vortrages über die Valutaentwicklung und die Ursachen der Krise. Inmitten eines ungeheuren Defizits der Volkswirtschaft, eines allgemeinen Warenmangels erleben wir eine

Krise der Ueberproduktion.

Da nicht das gesellschaftliche Bedürfnis, sondern das Verwertungsstreben des Kapitals in unserer Wirtschaft über Ausmaß und Richtung der Produktion entscheidet, wird es möglich, daß in der Zeit größten Warenmangels die Waren unverkäuflich werden und die Produktion ins Stocken kommt. Eine wissenschaftliche Analyse der gegenwärtigen Krise ist deshalb sehr schwierig, weil uns selbst die wichtigsten Daten, die Ziffern über den auswärtigen Handel und über die Steuereingänge von der Regierung vorenthalten werden. Die gegenwärtige Krise erinnert aber durchaus an den früheren typischen Krisencharakter. Während die Krisen der letzten Jahrzehnte vor allem die kapitalistisch höchst entwickelten Zweige, also die Produktionsmittelindustrien betrafen, sind jetzt vorwiegend die Konsummittelindustrien betroffen. Die Krise kündigte sich in einer starken Kreditanspannung an und brach auf dem Warenmarkt als Absatzkrise aus, die rasch zu einer Einschränkung der Produktion, namentlich in den Schuh-, Textil- und Holzbearbeitungsindustrien führte. In der letzten Zeit nimmt die Krise immer deutlicher internationalen Charakter an, unbekümmert um die Währungsverhältnisse der einzelnen Länder, dies zeigt am besten, daß sie nicht allein aus den Geldverhältnissen zu erklären, sondern daß ihre letzte Ursache zu suchen ist in der raschen Verengerung des inneren Marktes, auf dem die Waren zu den hochgetriebenen Preisen nicht mehr abzusetzen sind. — Im „Berliner Tageblatt“ (22. Mai) bespricht Dr. Felix Pinner die Entwicklung der letzten Wochen als Prüfstein für die Theorie der

Anpassung der Inlandspreise an den Weltmarkt.

Er weist darauf hin, daß das schwerwiegendste Argument der Gegner dieser Anpassung die Erwägung war, daß die Anpassung der Inlandspreise an den Weltmarkt das gesamte inländische Preisniveau jeglichen Schwankungen der Valuta unmittelbar widerstandslos preisgeben müßte. Die Richtigkeit dieses Arguments ist durch die beträchtliche Steigerung der deutschen Valuta in so eklatanter Weise erwiesen, daß man sagen kann, die Theorie von der Anpassung der Inlandspreise an den Weltmarkt habe sich geradezu selbst ad absurdum geführt. Die Verblüffung in den Kreisen der Warenbesitzer und Warenerzeuger über den Umschlag der Valutabewegung war zuerst so groß, daß selbst die Beteiligten solcher Industrien, die vorher den Weltmarktpreisen bis zum letzten Pfennig gefolgt waren, sich nun dagegen sträubten, auf diese Weltmarktpreise herunterzugehen, nachdem diese, in Mark ausgedrückt, wesentlich gesunken waren. Glücklicherweise waren es nur verhältnismäßig wenig Industrien, die bereits die völlige Anpassung an die Weltmarktpreise vollzogen hatten und infolgedessen von der Wucht des Preissturzes unmittelbar erfaßt wurden. Wenn die „Angepaßtheit“ der Inlandspreise an die Weltmarktspreise zum maßgebenden Wirtschaftsprinzip erhoben wird, verträgt auch ein nur zeitweiliges Hinausgehen der Inlandspreise über das Weltmarktniveau die Wirtschaft unter keinen Umständen. Jede künstliche, auf langsamen und systematischen Abbau der Preise und Löhne gerichtete Hochhaltung der Preise würde in diesem Fall jeden Export mit einem Schlage unmöglich machen. Wird doch schon jetzt, wo die Exportprämie vieler noch nicht „angepaßter“ Industrien durch die Valutabesserung noch keineswegs aufgezehrt ist, darüber geklagt, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fabriken im Schwinden begriffen sei. — In der „Vossischen Zeitung“ (22. Mai) erörtert Justizrat Dr. Albert Pinner die Frage der Rückwirkung des Konjunkturumschwunges auf Vertragsverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Klausel

„Freibleibend“.

Pinner weist darauf hin, daß man nachdem früher den Lieferanten eine Befreiung von Vertragspflichten wegen Unerschwinglichkeit der Leistung, die der Un-

möglichkeit gleichstehen, von den Gerichten zuerkannt worden ist, nunmehr auch nicht den Grundsatz, daß alle Annullierungen seitens der Käufer rechtlich unzulässig seien (siehe Plutus S. 163), allgemein anerkennen könne. Der Grundsatz, daß, wenn durch Wandel der Verhältnisse bei Innehaltung seiner Verpflichtungen der eine Vertragsteil wirtschaftlich ruiniert werde, er berechtigt sei, vom Vertrage abzugehen, müsse jetzt ebenso auf die Käufer angewendet werden, wie er ja früher auf die Lieferanten angewendet wurde. Natürlich werden die Gerichte jeden einzelnen Fall genau prüfen, ehe sie noch weiter als es bisher geschehen ist, den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Verträge durchlöchern. Nun ist es bei den großen Risiken, die der Lieferungsvertrag unter den unsicheren Verhältnissen während und nach dem Kriege in sich birgt, eine weitverbreitete Uebung geworden, die Klausel „freibleibend“ den Verträgen einzufügen, um das Risiko auf den Abnehmer abzuwälzen. Diese Klausel ist an sich rechtlich zulässig. Das Bürgerliche Gesetzbuch gestattet, daß Preis und Zeit von einem Vertragschließenden bestimmt werden kann. Nur darf diese Bestimmung nicht völlig der Willkür des Gläubigers, sondern muß seinem billigen Ermessen überlassen werden. Man wird also in jedem Falle untersuchen müssen, ob sich der Lieferant vorbehalten hat, Preis und Zeit vollständig willkürlich zu bestimmen. In diesem Falle wäre der Vertrag mangels Bestimmtheit hinfällig. Wo die allgemeine Klausel „freibleibend“ ganz allgemein in Verbandsbedingungen enthalten oder Bestätigungen aufgedruckt ist, heißt sie eigentlich nichts anderes, als daß der Lieferant jederzeit das Recht hat, zu erklären: „Die Bestellung ist für mich nicht bindend.“ Er ist also in der Lage, wenn die Kosten der Herstellung steigen, einfach die Bestellung zu streichen, er hat demnach die Möglichkeit, auf Kosten des anderen zu spekulieren. Diese willkürliche, dem Abnehmer nur durch den Zwang der Verhältnisse aufgebürdete Bedingung, die alles Risiko auf den Abnehmer abwälzt, entspricht nicht dem Gesetz. Ein gegenseitiger Vertrag verlangt gegenseitige Verpflichtung. Es ergibt sich also, daß die Rechtsgültigkeit dieser mit der Klausel „freibleibend“ versehenen Verträge, auf deren Unverletzlichkeit die Lieferanten heute pochen, durchaus zweifelhaft ist. Der vernünftige Kaufmann wird in einem Falle, in dem durch unvorhergesehene plötzliche Aenderung der Konjunktur ein großer Schaden entstanden ist, bei dem es zweifelhaft ist, wer diesen Schaden zu tragen hat und bei dem selbst, wenn der Anspruch durchgesetzt wird, der Ruin des Gegners in vielen Fällen die Folge sein wird, besser tun, sich den Gang zum Richter zu sparen und mit seinem Abnehmer eine vernünftige Verständigung zu treffen, die den Schaden auf beide verteilt. — In der *„Deutschen Allgemeinen Zeitung“* (26. und 28. Mai) macht Professor Dr. *J. Fr. Schär* im Anschluß an eine eingehende Behandlung der internationalen Valutakrisis einen Vorschlag zur

Sanierung durch den Völkerbund.

Nur durch den solidaren Zusammenschluß der bisher feindlichen und neutralen Staaten wird es gelingen, den gemeinsamen Gefahren zu widerstehen durch *Schaffung eines kreditfähigen Rechtsgebildes*, das mit Erfolg nicht nur an alle privaten Personen Europas, sondern auch an Amerika zu einem neuen Anlehen appellieren kann, aus dem die einzelnen notleidenden Staaten unterstützt werden können, nach Maßgabe ihrer natürlichen Hilfsmittel. Um dieses Rechtsgebilde vor Treuebruch einzelner Staaten, sei es durch Gewalt oder politische Umwälzungen sicherzustellen, müßten die Verpflichtungen in jedem Staate in der Form von Gesetzen oder Verfassungsbestimmungen festgelegt, beim Völkerbund hinterlegt und ihre Nichterfüllung als *Friedensbruch* mit den durch den Völkerbundvertrag festgesetzten Folgen bestraft werden. Die Organisation dieses Institutes als *Zentralbank mit Filialen in jedem Staate* wäre wie folgt durchzuführen: a) Es müßte ein neues, vom Papiergeld unabhängiges Rechnungsgeld, wie es im Mittelalter an verschiedenen Plätzen und bis in die Neuzeit noch in China besteht, geschaffen werden, das zum Gold in einem bestimmten Wertverhältnisse stünde. (Beispielsweise eine Rechnungsmünze von 1 g $^{9}/_{10}$ feinem Gold.) b) Jeder Staat müßte die sämtlichen Personen und Firmen, die sich am Export und Import beteiligen, verpflichten, alle Rechnungen im Export- und Importgeschäfte, die eine bestimmte Minimalsumme übersteigen, durch die Organe der Zentralbank kontrollieren zu lassen. c) Alle Zahlungen für Importwaren müßten in der Währung des neuen Rechnungsgeldes gestellt und durch die Zentralbank vollzogen werden sowie auch der Einzug der Forderungen für Exportwaren durch dieses Institut zu geschehen hätte. d) Es müßte unter den verschiedenen Filialen der einzelnen Staaten durch diese Hauptbank ein Abrechnungssystem, eine Art Clearing, organisiert werden, wie es der Weltpostverein eingeführt hat, wo die Abrechnung des Geldverkehrs zwischen den Postverwaltungen jedes Staates auch durch Clearing unter Oberleitung einer Hauptstelle auf Grund einer gemeinsamen Geldeinheit stattfindet. Durch ein solidarisches Zusammenwirken der sämtlichen europäischen Staaten zu einer derartigen Hilfsaktion könnte dem wirtschaftlichen Chaos, unter dem Europa leidet, ein Ende bereitet werden. — Eine Warnung vor

Gründerunsitten.

spricht die *„Berliner Morgenpost“* (30. Mai) aus. Sie gibt ein Rundschreiben der Rufringweinkellereien Riedel & Furkel, Neustadt (Haardt) wieder, in dem die Gründung des Unternehmens als Aktiengesellschaft angekündigt wird und in dem Lieferanten zur Uebernahme von Aktien aufgefordert werden mit dem Hinweis, daß bei der Vergebung von Lieferungen in Zukunft in allererster Linie Aktionäre berücksichtigt werden sollen. Sodann

werden die neuzuschaffenden Aktien wie folgt angepriesen: „Die Rentabilität unseres Unternehmens steht ganz außer Frage, so daß irgendwelches Risiko von vornherein ausgeschlossen ist. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Pariwert, ein Umstand, der um so mehr hervorzuheben ist, als zurzeit eine lebhafte Nachfrage nach Industriepapieren jeder Art und damit eine erhebliche Wertsteigerung eingesetzt hat.“ Offenbar wird hier bei der Unterbringung der Aktien auf ein kritikloses Publikum gerechnet. Denn Unternehmungen, bei denen jedes Risiko ausgeschlossen ist, sind bisher noch nicht erfunden worden und die Wertsteigerungen alter Aktien infolge der Börsenkonjunktur geben allein sicherlich keinen Maßstab dafür ab, ob eine neugeschaffene Aktie zum Pariwert billig ist oder nicht. Vor derartigen Aktienanpreisungen muß besonders gewarnt werden in einer Zeit, in der sich weite, wenig geschäftskundige Kreise an der Aktienspekulation beteiligen.

Umschau.

fn. Bankbilanzen. Als ein Sympton für die ausserordentliche Arbeitsanspannung, die bei den Grossbanken herrscht, ist die ungewöhnliche Verspätung anzusprechen, mit der in diesem Jahre die Bankabschlüsse zur Veröffentlichung gelangen. Der Monat Mai ist zu Ende und es fehlen noch die Abschlüsse aller vier D-Banken. Berücksichtigt man, dass zwischen der Abschlussveröffentlichung und der Ausschüttung der Dividende erfolgt, noch einige Wochen vergehen, so ergibt sich, für die Aktionäre gegenüber normalen Zeiten eine Verspätung im Dividendenbezug von reichlich einem Vierteljahr und bei einigen Banken scheint es noch nicht einmal sicher, dass die Dividende vor dem zweiten Quartalsende zur Auszahlung gelangen wird. Der einzige Trost für diese Verspätung besteht in der Tatsache, dass die Dividenden überall Erhöhungen erfahren. Der Abschluss der Mitteldeutschen Credit-Bank weicht in seinen typischen Ziffern von den bisher veröffentlichten nicht ab. Starke Steigerung des Bruttogewinns von 14 auf 25 Millionen Mark, geringere Steigerung des Reingewinns von 4,96 auf 5,77 Millionen Mark, Dividendenerhöhung von 7 auf 8%. Effektengewinne werden auch bei dieser Bank nicht ausgewiesen. Sie dienen inneren Rückstellungen, während die Mitteldeutsche Credit-Bank von Sonderzuweisungen an ihre offenen Reserven wieder absieht und aus dem erhöhten Gewinn lediglich eine besondere Ueberweisung von 500000 Mark an die Wohlfahrtskasse vornimmt. In der Bilanz: auf der Passivseite das übliche Anschwellen der Kreditoren von 661 auf 1019 Millionen Mark. Auf der Aktivseite verteilt sich dieser Zuwachs ziemlich gleichmässig auf die Anlage in Wechseln, d. h. im wesentlichen Schatzanweisungen (507 gegen 338 Millionen Mark) und auf die Debitoren (348 gegen 194 Millionen Mark). Die Mitteldeutsche Credit-Bank tritt als zweites Institut nach der Commerz- und Disconto-Bank mit dem Vorschlag einer Kapitalserhöhung hervor. Das Kapital soll von 60 auf 90 Millionen Mark erhöht werden. Die neuen Aktien werden den Aktionären zum Kurse von 115% zum Bezuge angeboten, bei einem gegenwärtigen Börsenkurs von etwa 156%. Durch das Agio dieser jungen Aktien erfahren die offenen Reserven eine Stärkung um rund $4^1/_2$ Millionen Mark. In der Ziffer von Kapital und Reserven überschreitet dann auch die Mitteldeutsche Creditbank die 100-Millionen-Grenze, unter der eine Grossbank bei der eingetretenen Aufblähung aller Bilanzziffern nicht mehr gut bleiben kann.

* * *

Als den Vorboten einer Kapitalserhöhung auch bei der Deutschen Bank kann man vielleicht die Meldung über angebahnte Fusions-Verhandlungen zwischen der Deutschen Bank und der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart betrachten. Die Beziehungen zwischen den beiden Instituten sind alten Datums. Die Deutsche Bank ist durch Aktienbesitz an der Württembergischen Vereinsbank beteiligt und sie ist auch durch Herrn von Gwinner im Aufsichtsrat vertreten. Es würde eine Fortsetzung der in den letzten Jahren von der Deutschen Bank betriebenen Aufsaugungspolitik von Tochterinstituten in grader Linie bedeuten, wenn sie jetzt auch dieses süddeutsche Institut zur Filiale der Deutschen Bank zu machen strebt. Dass eine Kapitalserhöhung zur Durchführung dieser Transaktion direkt nötig wäre, mag zweifelhaft sein, da die Deutsche Bank einen Teil des Aktienkapitals von 40 Millionen Mark bereits besitzt. Wahrscheinlich ist es aber, dass die Deutsche Bank gar nicht ungern die Gelegenheit benutzen wird, um ihr Eigenkapital auch der Geldaufblähung aller Bilanzposten etwas anzupassen.

Der Rechtsschutz der Valutaschuldner. Herr Rechtsanwalt Dr. Hans Fritz Abraham schreibt: „In meinem im 11. Heft des „Plutus“ S. 161 ff. veröffentlichten Aufsatz über den Rechtsschutz der Valutaschuldner hatte ich beklagt, dass die neuerdings erlassenen Verordnungen in keiner Weise die Interessen des kaufmännischen Mittelstandes berücksichtigen. Ich hatte vor allem eine Bestimmung vermisst, die den Gläubiger einer Valutaforderung zwingt, vor Konkurseröffnung Vergleichsverhandlungen mit dem Schuldner zu pflegen. Dieser Rechtszustand hat sich durch die inzwischen erlassene Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer geändert. Nach dieser Verordnung ist das Recht der Kriegsteilnehmer, gegenüber Zwangsvollstreckungen Fristen zu beantragen, bis zum 1. Januar 1921 verlängert worden. In den Fällen, wo das Vollstreckungsgericht einen Aufschub der Zwangsvollstreckung gewährt, muss es jedoch gleichzeitig einen Termin zum Versuch eines Vergleiches anberaumen. Kommt dieser Vergleich nicht zustande, so hat der Richter eine Frist festzusetzen, innerhalb der Zahlung zu erfolgen hat. Diese Frist darf nicht über den 1. Juli 1921 hinaus erstreckt werden. Diese Verordnung gewährt also dem verschuldeten Kriegsteilnehmer einen gewissen Rechtsschutz und sucht durch die Förderung einer Verständigung dem Ausgleich der beiderseitigen Interessen zu dienen. Kann man sich insoweit mit den Tendenzen dieser Verordnung einverstanden erklären, so zeigt doch

auch sie gerade wieder die immer verhängnisvoller werdende Zersplitterung unserer Gesetzgebung nach einzelnen Ressorts. Es ist heute keineswegs mehr berechtigt, den Kriegsteilnehmer in so erheblichem Umfange vor andern wirtschaftlich bedrängten Personen zu berücksichtigen, vielmehr wird es für die Aufgaben, die die Ueberwindung der bevorstehenden Wirtschaftskrise an den Juristen stellt, in der grossen Mehrzahl der Fälle sehr gleichgültig sein, ob der Hilfsbedürftige vormals Kriegsteilnehmer war oder nicht. Insbesondere fehlt dem Auslande gegenüber jede Berechtigung, den Valutaschuldner um seiner Kriegsteilnahme willen zu bevorzugen. Völlig verfehlt und mit einer ungeheuren Verschwendung von Kapital und Arbeit verbunden ist schliesslich die Regelung, die gesonderte Vergleichsverhandlungen mit jedem einzelnen Gläubiger vorsieht. Es muss vielmehr ein einheitliches Verfahren ausgebaut werden, innerhalb dessen der Schuldner der Gesamtheit seiner Gläubiger gegenübertritt. Dass dies bisher nicht geschehen ist, ist — was einmal ausgesprochen werden muss — Schuld des Reichsjustizministeriums, dass in seiner Entschlussfähigkeit hinter der Initiative anderer Ministerien, insbesondere des Reichswirtschaftsministeriums, weit zurückbleibt und dem die Verantwortung zur Last fällt, wenn angesichts der drohenden Wirtschaftskrise es an einem sachgemässen Ausbau der Geschäftsaufsichtsverordnung fehlt".

fn. Die fehlende Aussenhandelsstatistik. Seit Beendigung der Kriegshandlung sind über $1^1/_2$ Jahre vergangen, seit der Ratifizierung des Friedens mehr als drei Monate, und immer noch hält es die deutsche Regierung für angebracht, die Statistik der Aussenhandelsbewegung der Oeffentlichkeit vorzuenthalten. Die Gründe für dieses Verfahren sind schlechterdings nicht mehr zu verstehen. Die Staaten um uns herum veröffentlichen die Ziffern des Handels mit Deutschland. Die Bewegung der Aussenhandelsziffern ist gerade in einer Zeit, in der die Erörterungen über handelspolitische Massnahmen im Zusammenhange mit dem Valutaproblem von der grössten Bedeutung sind, von ganz besonderem Interesse. Gelegentlich erzählt einmal ein Minister in einer öffentlichen Rede oder in irgend einer Kommissionssitzung etwas von den deutschen Aussenhandelsziffern. Man hört, dass seit Monaten die deutsche Ausfuhrziffer die Einfuhrziffer wesentlich übertreffen soll. Warum in aller Welt aber wird aus Ziffern, deren monatliche Veröffentlichung früher Sitte war, immer noch ein Geheimnis gemacht, nachdem alle Gründe, die im Kriege für die Geheimhaltung dieser Ziffern sprachen, längst fortgefallen sind? Dieses System ist, gleichviel ob die Ziffern im Augenblick günstig oder ungünstig aussehen, keinesfalls geeignet, Vertrauen im Ausland zu erwecken, und es ist durchaus geeignet, die Klärung wirtschaftlicher Probleme, die wir dringend nötig gebrauchen, weiter zu erschweren. Es wäre denkbar, dass man die Veröffentlichung der Aussenhandelsstatistik deshalb scheut, weil man selbst davon überzeugt ist, dass sie einen Teil der irregulären Ein- und Ausfuhr nicht erfasst. Diese Erwägung könnte vielleicht einen Grund abgeben, bei der Bekanntgabe der Aussenhandelsstatistik auf die mutmasslichen Fehlerquellen erläuternd hinzuweisen. Keinesfalls kann sie aber die Verheimlichung der Zahlen rechtfertigen. Schon während des Krieges ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass eine Wirtschaft, die der Regelung bedarf, einen Ausbau der wirtschaftlichen Statistik, eine Verfeinerung der Handelsstatistik, der Produktions- und Verbrauchsstatistik bedarf. Inzwischen ist dieses Bedürfnis nur dringlicher geworden, die statistischen Publikationen bleiben aber noch immer zurück hinter dem Stand von 1914. Das Reichswirtschaftsministerium und das Statistische Amt schulden der Oeffentlichkeit Rechenschaft für diese Unterlassungssünden. Wenn nicht eher Abhilfe geschaffen wird, wird der Reichswirtschaftsrat sich schleunigst bei seinem Zusammentritt mit dieser Hemmung der wirtschaftlichen Durchleuchtung befassen müssen.

Börse und Geldmarkt.

Erst in den allerletzten Tagen vor Niederschrift dieser Zeilen ist die starke Aufwärtsbewegung der Mark zum Stillstand gekommen, die gegenüber den niedrigsten Februarkursen den Wert der deutschen Zahlungsmittel im Ausland wieder auf mehr als das Doppelte hinaufgetrieben hatte. Mit stärkster Sehnsucht hatte man bei uns das Ende der katastrophalen und die Stimmung im Lande auf das Tiefste deprimierenden Baisse herbeigewünscht, die die deutsche Mark zum fast völlig wertlosen Papierfetzen gemacht hatte. Aber als nun die Tendenz sich änderte, als der Kurs nach oben strebte, da zeigte es sich, dass uns damit noch keineswegs der Schein eines besseren Zeitalters herangerückt war, dass im Gegenteil die weltwirtschaftliche und auch volkswirtschaftliche Situation eher noch weiter kompliziert worden war.

Eine Mitwirkung an der Weltwirtschaft auf dem natürlichen Wege der Ein- und Ausfuhr ist im allgemeinen nur dann in vernünftigem Masse möglich, wenn eine einigermassen stabile Valuta den Inlandskaufleuten eine verhältnismässig sichere Kalkulation für die Kosten der einzuführenden Rohstoffe und Materialien für die Zwecke seiner Fabrikation ermöglicht und auch der Auslandskaufmann, der Ware einführt, der Rentabilität seines Exportgeschäftes sicher ist und nicht fürchten muss, durch stürmische Schwankungen in der Valuta des Landes, in der er nach Abnahme den Wert zu zahlen hat, um den Nutzen seines Geschäftes gebracht zu werden. Wie lag nun der Fall bei uns? Das Ausland hatte in der letzten Zeit bedeutende Geschäfte mit unserer Exportindustrie getätigt und vielfach gingen in wichtigen Artikeln seine Anforderungen sehr weit über das deutsche Sicherungsvermögen hinaus. Diese Käufe wurden zum überwiegenden Teil aus den sehr bedeutenden im Ausland aufgestapelten und durch Ankäufe zu den letzten sehr niedrigen Kursen verbilligten Markbeständen bezahlt. Nur der sehr stark gefallene Preis der Mark im Auslande machte es möglich, die Produkte unserer Ausfuhrindustrie noch in diesem Umfange abzusetzen, denn die ständig sich im Inland erhöhenden Gestehungskosten aller Fabrikate erhöhten die in Mark ausgedrückten Verkaufspreise unablässig. Nun kam die Markhausse. Ueberall stand man ihr mit einem gewissen Misstrauen gegenüber. Wohl glaubte man, dass die sehr niedrigen Februar- und

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Mittwoch, 2. Juni	*G.-V.:* Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank, Höchster Farbwerke, Dortmunder Aktien-Brauerei, Ver. Kunstseidefabriken, Emil Busch A.-G. Optische Industrie Rathenow, Werschen-Weissenfelser Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts Bremer Jutespinnerei und Weberei, Schluss des Bezugsrechts Aktien Thüringer Gas-Gesellschaft.
Donnerstag, 3. Juni	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Bergmann Elektrizitätswerke, Maschinenfabrik für Mühlenbau vorm. Kapler, Leipziger Spitzenfabrik Barth & Co., Fahrzeugfabrik Eisenach. — Schluss des Bezugsrechts Dampfschiffahrts-Gesellschaft Argo, Bezugsrechts Aktien Patentpapierfabrik Penig.
Freitag, 4. Juni	*G.-V.:* Dessauer Strassenbahn, Mühlheimer Bergwerks-Verein, Eisenbahn-Rentenbank, Anhydat-Lederwerke, Carl Berg A.-G. Eveking, A.-G. für chemische Industrie Gelsenkirchen Schalke, Deutsche Salpeterwerke Fölsch & Martin, Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn, Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk A.-G., Hermann Löhnert Bromberger Maschinenbau-Anstalt, Tüllfabrik Flöha, Continental Caoutschuc-Compagnie und Guttaperchafabrik Hannover. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Erste deutsche Feinjute-Garnspinnerei, Bezugsrechts C. A. Kahlbaum A.-G.
Sonnabend, 5. Juni	Bankausweis New-York. — *G.-V.:* A.-G. für Anilinfabrikation, Kammerich Werke A.-G., Bazar A.-G., Akt.-Ges. für Strumpfwarenfabrikation vorm. Max Segall. — Schluss des Bezugsrechts Adler Deutsche Portland-Zementfabrik, Bezugsrechts Aktien Danziger Privataktienbank, Bezugsrechts Alkaliwerke Ronnenberg, Bezugsrechts Stettiner Kerzen- und Seifenfabrik, Bezugsrechts Deutsche Spiegelglasfabrik Freden.
Montag, 7. Juni	*G.-V.:* Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Deutsch-Ueberseeische Elektrizitäts-Gesellschaft, Wegelin & Hübner Maschinenfabrik und Eisengiesserei, Maschinenfabrik Esslingen. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Porzellanfabrik Ph. Rosenthal, Bezugsrechts Chemische Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co., Bezugsrechts Hackethal Draht- und Kabelwerke.
Dienstag, 8. Juni	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Daimler Motoren-Gesellschaft, Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Ludwig Löwe A.-G., Akt.-Ges. für Licht- und Kraftversorgung München, Eisengiesserei und Schlossfabrik Velbert, Maschinenbau-A.-G. Starke & Hoffmann, Continentale Rhederei A.-G. Hamburg. — Schluss des Bezugsrechts Deutsche Eisenbahnbedarf-A.-G. Weyer.
Mittwoch, 9. Juni	*G.-V.:* Rheinische Creditbank, Chemische Fabrik Milch A.-G., Kammgarnspinnerei Stöhr, Porzellanfabr. Ph. Rosenthal A.-G. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Breitenburger Portland-Cementfabrik.
Donnerstag, 10. Juni	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Gladenbeck & Sohn Berlin, Aschinger A.-G. — Schluss des Bezugsrechts Metallwerke Unterweser, Bezugsrechts Ver. Chemische Werke Charlottenburg, Bezugsrechts R. W. Dinnendahl A.G., Bezugsrechts Hannoversche Papierfabr. Alfeld Gronau, Bezugsrechts Lichtenberger Wollfabrik.
Freitag, 11. Juni	*G.-V.:* Schwarzburgische Landesbank, Köln-Rottweil A.-G., Franz Seiffert & Co., Lüdenscheider Metallwerke A.-G. vorm. Fischer & Basse, Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik, Oppeln-Frauendorfer Portland-Cementwerke, Ver. Portland-Cement- und Kalkwerke Schimischow-Silesia-Oppeln. — Schluss des Bezugsrechts Deutsche Abschalt-A.-G. der Limmer & Vorwohler Grubenfelder, Bezugsrechts Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation.
Sonnabend, 12. Juni	Bankausweis New-York. — *G.-V.:* Rheinisch-Westfäl. Sprengstoff-A.-G., Siegener Dynamitfabrik, Ver. Deutsche Petroleum-Werke A.-G., Kollmar & Jourdan, Bergwerks-Ges. Dahlbusch, Schubert & Salzer Maschinenfabrik A.-G., Gebr. Böhler A.-G., Zuckerfabrik Alt-Jauer, Verein f. Zellstoffindustrie Dresden, Harburger Eisen- u. Bronzewerke, Deutsche Gussstahlkugel- u. Maschinenfabrik A.-G. Schweinfurt. — Schluss des Bezugsrechts Düsseldorf-Ratinger Röhrenkesselfabrik, Bezugsrechts Akt.-Ges. f. Schriftgiesserei und Maschinenbau Offenbach, Aktien Stettiner Oderwerke.
Montag, 14. Juni	*G.-V.:* Bau-Verein Weissensee i. L., Norddeutsche Steingutfabrik Grohn. — Schluss des Bezugsrechts Armaturen- u. Masch.-Fabrik A.-G., J. A. Helpert Nürnberg, Bezugsrechts Württemb. Metallwarenfabr.
Dienstag, 15. Juni	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Mitteldeutsche Creditbank, Concordia Chem. Fabrik auf Aktien, Deutsche Dampfschiffahrts-Ges. Hansa Bremen, Deutsche Schachtbau-A.-G., Braunschweigische Landeseisenbahn, Gebr. Schöndorff Düsseldorf, Ruscheweyh A.-G., Concordia Bergbau A.-G. — Schluss des Bezugsrechts Arenbergsche Bergbau- und Hüttenbetrieb-A.-G., Bezugsrechts A.-G. f. Bauausführungen, Bezugsrechts Aktien Berliner Holz-Comptoir, Bezugsrechts Akt.-Ges. Johann Jeserich.

Ausserdem zu achten auf:

Abschlüsse und Bilanzen der Grossbanken, Abschlüsse der chem. Fabriken.

Verlosungen:

5. Juni: $2^3/_5$% und 3% Crédit foncier de France Komm.-Obl. (1879, 1880, 1891), 3% Crédit foncier de France Pfandbr. (1909), 2% Pariser 500 Fr. (1898), 3% desgl. 300 Fr. (1912). 10. Juni: 2% Antwerpener 100 Fr. (1903). 14. Juni: $2^1/_2$% Griechische Nationalbank Prämien-Anleihe (1904). 15. Juni: 3% Crédit foncier Egyptien Obl. (1886, 1903, 1911), Freiburger 20 Fr. (1898), Holländische 15 Gld. (1904), 4% Pariser 500 Fr. (1865).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Märzkurse der Mark unverhältnismässig schlecht seien und in absehbarer Zeit eine die noch vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands zum Ausdruck bringende Aufwärtsbewegung erfolgen müsse. Aber gerade im gegenwärtigen Stadium, wo der Notenumlauf andauernd riesenhaft anschwoll, die Steuerfragen praktisch noch nicht mit Erfolg in Angriff genommen waren und ausserdem das Land, noch immer unter dem Druck der Befürchtungen vor einer neuen, aus dem Machtwillen reaktionärer Militärkrreise geborenen, Gegenrevolution stehend, die schwere innerpolitische Belastungsprobe der Wahlen vor sich hat, schien eigentlich ein besonders stichhaltiger Grund für eine Markhausse nicht gegeben. So ist es denn kein Wunder, wenn hier vielfach die Ansicht vorherrscht, dass die ganze Aufwärtsbewegung von Amerika ausgegangen und im Interesse der amerikanischen Industrien durchgeführt worden ist, die sich dadurch beunruhigt und beeinträchtigt fühlen, dass Deutschland trotz seiner gewaltig hohen Produktionskosten infolge des niedrigen Markkurses noch immer das Ventil des Exportes in solchem Masse offen hat. Natürlich ist diese Betrachtungsweise zum mindesten stark einseitig. Sie lässt ausser acht, dass doch auch auf jeden Fall andere Momente mitspielen, wie die börsentechnische Situation auf den internationalen Devisenmärkten, wo nun einmal leider die Mark das grösste Spekulationsobjekt noch immer ist, wie ferner das Stocken der Schmuggeleinfuhr und last not least das Zurückgehen der deutschen Nachfrage nach Rohstoffen im Ausland infolge der bei uns seit einiger Zeit herrschenden scharfen Absatzkrise.

Alles in allem: unsere Situation ist heute so, dass die Senkung des Markkurses das Unmöglichwerden des Imports und die Steigerung der Markdevisenkurse das Versiegen des Exportes bedeutet. Immer so lange natürlich, als wir mit den jetzigen oder mit noch steigenden Produktionskosten arbeiten. So kommt alles wieder und immer wieder auf die Produktionsfrage heraus: Hebung der Produktion bei gleichzeitiger Verbilligung der Kosten durch bessere und rationellere Ausnutzung des Produktionsapparates. Ein Mittel, das leicht verschrieben aber nur sehr schwer angewandt werden kann in einer Zeit, wo die wahnwitzige Preissteigerung der Lebensmittel die Arbeiter- und Angestellten-Massen zu immer neuen Lohnforderungen treibt und wo unserem ganzen Wirtschaftsleben durch das ständige auf der Lauer liegen der Militär-Putschisten und der Linksfanatiker neue chaotische Erschütterungen drohen.

Die Börse ist natürlich verstimmt. Die Kurse gleiten ständig zurück und man horcht etwas beengten Gemütes hinaus nach der Industrie, da von dort aus, wo die Absatzkrise ihre Kreise zieht, Meldungen von grossen Arbeiterentlassungen kommen. Die Banken haben allerdings vielfach sich schon gegen Eventualitäten geschützt. Wenn auch mit einer ziemlichen Dosis von Gefühlskälte, die nun einmal zum Geschäft gehört. Denn die Kreditrestriktionen, die sie sogleich vorgenommen haben, als illiquide gewordene Kunden in Bedrängnis kamen, haben so manchem, dessen Bäume noch vor wenigen Wochen in den Himmel zu wachsen schienen, Kopf und Kragen gekostet.

Justus.

Warenmarktpreise im Mai 1920.

	3.	10.	17.	25.	28.	
Mais Chicago	179 3/4	194 1/2	195 1/2	189 5/8	189	cts. per bushel
Kupfer, standard London	102 1/8	101 5/8	99 3/8	88 1/4	93 3/4	£ per ton
Kupfer, electrolyt London	112 1/2	113	113	108	106	£ per ton
Zinn London	345 1/2	304 1/4	296	269 1/2	274 3/8	£ per ton
Zink London	47 7/16	45 5/8	46 1/2	45	44 7/8	£ per ton
Blei London.	40 3/4	38 5/8	41	39 3/4	39	£ per ton
Aluminium London	165	165	165	165	165	£ per ton
Quecksilber London	25 1/4	24 1/2	21 1/2	21 1/2	20 3/4	£ per Flasche
Weissblech London	75	75	74	74	74	sh/d per ton
Silber London	65 1/2	60	—	59 7/8	59 7/8	d per Unze
Baumwolle loco New York	41,45	41,30	42	40	40	cts. per Pfd.
Baumwolle loco Liverpool	25,13	25,63	25,55	23,90	25	d per Pfd.
Schmalz Chicago	19,82 1/2	20,75	20,12 1/2	21,15	20,15	Doll. per 100 Pfd.
Kaffee Nr. 1 New York	16 1/16	16 3/4	16 3/4	16 1/2	16 1/2	cts. per Pfd.
Petroleum stand white New York .	23 1/2	23 1/2	23 1/2	23 1/2	23	cts. per Gallone

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Betriebsrätegesetz nebst Wahlordnung und amtlichen Mustern. Erläutert und mit einem Sachverzeichnis versehen von Justizrat Heinrich Brandt von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Dritte, vermehrte und durchgesehene Auflage. Elsners Betriebsbücherei 8. Band. Berlin 1920. Otto Elsner Verlagsgesellschaft m. b. H. Preis M 13.50.

Einleitung. — Zusammenhängender Wortlaut des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920. — Betriebsrätegesetz nebst Erläuterungen. — Allgemeine Bestimmungen. — Aufbau der Betriebsvertretungen. — Aufgaben und Befugnisse der Betriebsvertretungen. — Entscheidung von Streitigkeiten. — Schutz- und Strafbestimmungen. — Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen. — Wahlordnung

nebst amtlichen Mustern. — Preussische Verordnung zur Ausführung des Betriebsrätegesetzes vom 8. März 1920. — Buchstaben geordnetes Sachverzeichnis.

Selbstkostenberechnung und moderne Organisation von Maschinenfabriken. Von Herbert W. Hall, Dipl.-Ingenieur und Fabrik-Betriebsdirektor a. D. Zweite, wesentlich vermehrte Auflage. Mit 52 Figuren im Anhang. München und Berlin 1920. Druck und Verlag von R. Oldenbourg. Preis ℳ 24.—.

Vorwort zur ersten Auflage. — Vorwort zur zweiten Auflage. — Die Grundzüge der Selbstkostenberechnung und der modernen Organisation. — Die Materialien. — Die Löhne. — Die Unkosten. — Die Kalkulation.

Die allgemeine Umsatzsteuer. Ein Leitfaden für alle Gewerbetreibende und Umsatzsteuerpflichtige unter Berücksichtigung der Ausführungsbestimmungen des Reichsrates dargestellt von H. Weinbach, Regierungsrat in Frankfurt a. M. Achtes bis zwölftes Tausend. Berlin 1920. Carl Heymanns Verlag. Preis ℳ 2.—.

Vorbemerkung. — Gegenstand der Steuer. — Entgelt. — Gewerbliche oder berufliche Tätigkeit — Verkauf beschlagnahmter Gegenstände. — Entnahme aus dem eigenen Betrieb. — Versteigerungen. — Ausnahmen von der Versteuerung. — Steuerbefreiungen. — Abwicklung mehrerer Umsatzgeschäfte. — Steuerberechnung. — Versteuerung nach Lieferungen. — Höhe der Steuer. — Vergütung für kinderreiche Familien. — Entrichtung der Steuer. — Abwälzung. — Anzeigepflicht. — Buchführung. — Steueraufsicht. — Steuerverrechnung und Veranlagungsverfahren. — Rechtsmittel, Straf- und Uebergangsbestimmungen.

Alkoholismus, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten. Ein Beitrag zum Kampfe gegen die drei schlimmsten Volksseuchen. Von Dr. med. H. Moeser. Januar 1920. XXXIX. Band. 4. Heft. Frankfurter zeitgemässe Broschüren. Gegründet von Paul Haffner, Johannes Janssen und E. Th. Thissen. Herausgegeben von Dr. Ernst Breit. Hamm-Westfalen 1920. Druck und Verlag von Breer & Thiemann. Preis des Bandes (12 Hefte) ℳ 6.—, mit Porto ℳ 7.20, Einzelpreis das Heft 75 Pfennig.

Die Grundlagen einer neuen Wirtschaftsordnung durch Festlegung des Wirkungskreises des Kapitalismus. Von Johannes Koop, Buer i. W. Zu beziehen gegen Einsendung von ℳ 1.50 nur direkt vom Verfasser Joh. Koop in Buer i. W.

Das rote Ungarn. Der Bolschewismus in Budapest. Von Eugen Szatmari. Leipzig 1920. Der Neue Geist, Dr. Peter Reinhold. Preis ℳ 8.—.

Die wirtschaftliche und politische Lage Ungarns vor der Räteherrschaft. — Der 21. März. — Die Diktatur des Proletariats. — Die Sozialisierung der Produktion. — Kirche und Schule. — Der erste Mai und der schwarze Freitag. — Der Kampf der roten Armee. — Literatur, Kunst, Theater. — Die Presse. — Sowjetverwaltung. — Die Aussenpolitik Bela Kuns. — Der Zusammenbruch der Produktion. — Die Gegenrevolution. — Die Terroristen. — Der Sturz der Räteherrschaft. — Schlusswort.

Bicox & Co. Ein Roman der Zivilisation von Otto Pietsch. Berlin 1920. Verlag von Ullstein & Co. Preis geheftet ℳ 10.—, in Halbleinen ℳ 15.—.

Versicherungs-Darlehen (Policedarlehen). Von Dr. phil. Johannes Illgen. Karlsruhe (Baden) 1920. Selbstverlag des Verfassers (Karlsruhe, Waldstr. 42). Preis ℳ 7.50 und 20%.

Die Weltkriegsrevolution. Vorträge von E. Stadler. Leipzig 1920. Verlag von K. F. Koehler. Preis ℳ 12.—.

Die Ursachen der russischen Märzrevolution. — Der Bolschewismus und seine Ueberwindung. — Bolschewismus und Wirtschaftsleben. — Der kommende Krieg. — Bolschewistische Weltrevolutionspläne. — Ist Spartakus besiegt? — Weltkrieg. — Welttragödie. — Weltbolschewismus. — Die Revolution und das alte Parteiwesen. — Der einzige Weg zum Weltfrieden. — Mein Aktionsprogramm. — Anarchischer Zusammenbruch oder solidarischer Wiederaufbau.

Aus der Werkschaft der deutschen Revolution. Von Emil Barth. Berlin 1920. A. Hoffmanns Verlag G. m. b. H. Preis ℳ 8.50.

Vorwort des Verlages. — Vorwort des Verfassers. — Revolutionen werden gemacht! — Der Weltkrieg als Keimbett der Revolution. — Die Revolutionswerkstatt. — Meine Tätigkeit als Volksbeauftragter der deutschen sozialistischen Republik. — Der Vollzugsrat und die revolutionären Obleute. — Vom Dezember 1918 bis März 1919. — Vom März 1919 bis zum Versailler Friedensprotokoll. — Anhang.

Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg. Persönliche Erinnerungen von Admiral Scheer, Dr. phil. et. jur. hc. Mit zahlreichen Bildern und Kartenbeilagen. Berlin 1920, Druck und Verlag von August Scherl G. m. b. H. Preis ℳ 35.— gebunden.

Vorwort. — Einleitung. — Die beiden ersten Kriegsjahre bis zur Skagerrak-Schlacht. — Kriegsausbruch. — Stärkeverhältnis und strategische Lage. — In Erwartung des feindlichen Angriffs. — Englischer Einbruch in die deutsche Bucht. — Die Herbst- und Wintermonate des ersten Kriegsjahres. — Beschiessung von Scarborough und Hartlepool und das Kreuzergefecht an der Doggerbank. — Das Kriegsjahr 1915. — Vorbereitungen für erhöhte Flottentätigkeit. — Unternehmungen in die Hoofden mit Beschiessung von Yarmouth und Lowestoft. — Von der Skagerrak-Schlacht bis zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg. — Nach der Schlacht. — Luftschiffangriffe. — Der U-Boot-Krieg. — Die militärpolitische Bedeutung des U-Boot-Krieges. — Unsere U-Boote und ihre Kampfesweise. — Tätigkeit der Flotte im Zeichen des U-Boot-Krieges. — Eroberung der baltischen Inseln und die Einnahme von Helsingfors. — Gefechte unserer leichten Streitkräfte und Flottenvorstoss an die norwegische Küste. — Die Seekriegsleitung. — Schlusswort. — Namen und Sachregister. — Verzeichnis der Kartenbeilagen.

Gegen Reichsbodengesetz und Reichsnotopfer. Delegiertenversammlung vom 25. November 1919, Heft Nr. 35. Schriften des Schutzverbandes für Deutschen Grundbesitz (E. V.), Berlin. Herausgegeben vom Verbandsdirektor Kaiserl. Präsident a. D. Dr. R. van der Borgth, Berlin 1920. Verlag des Schutzverbandes für Deutschen Grundbesitz (E. V.), Berlin W 8, Taubenstr. 44/45. Preis ℳ 3.—.

Vorbemerkung. — Bericht über die Delegiertenversammlung vom 25. November 1919 in der Philharmonie zu Berlin. — Schriftliche Zustimmungserklärungen. — Entschliessung betreffend Reichsbodengesetz. — Entschliessung betreffend Reichsnotopfer.

Die Reichsabgaben-Ordnung und das Gesetz über die Steuernachsicht (Generalpardon). Textausgabe mit Einleitung, Erläuterungen und Sachregister versehen von W. Beuck, Steuer-Syndikus des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Nordd. Gruppe) Berlin. Elsners Betriebsrätebücherei, 5. Band Berlin 1920. Otto Elsner Verlagsgesellschaft G. m. b. H. Preis ℳ 12.50.

Einführung. — Allgemeine Inhaltsdarstellung. — Text und Erläuterungen des Gesetzes. — Reichsabgabenordnung. — Behörden. — Besteuerung. — Sachliche Vorschriften. — Wertermittlung. — Ermittlung und Festsetzung der Steuer. — Rechtsmittel. — Beitreibung. — Strafrecht und Strafverfahren. — Verordnung zur Einführung der Reichsabgabenordnung vom 18. Dezember 1919. — Gesetz über Steuernachsicht. — Anhang.

Die Heckmannsche Betriebsgemeinschaft als Kern neuer Unternehmungsfomen. Von Robert Heckmann, Werkleiter a. D. und Geschäftseinrichter. München und Berlin 1919. Druck und Verlag von R. Oldenbourg. Preis ℳ 2.80.

Einleitung. — Die Heckmannsche Betriebsgemeinschaft. — Anwendungsformen der Heckmannschen Betriebsgemeinschaft. — Inländische Marktgemeinschaften - Warenhäuser — Gruppenwirtschaft. — Industrielle Betriebsgemeinschaften. — Gemischt-wirtschaftliche Zukunftsunter-

nehmungen. — Ein neues kaufmännisches Hilfsgewerbe. — Schlusswort. — Anhang.

Internationale Wirtschafts- und Finanzprobleme. Von Dr. G. Vissering, Präsident der „Niederländischen Bank". Berlin und Leipzig 1920. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co., vorm. G. J. Göschen'sche Verlagsbuchhandlung — J. Guttentag Georg Reimer — Karl I. Trübner — Veit & Comp., Preis ℳ 8.—.

Einleitung. — Die Zerrüttung während des Krieges und nach seiner Beendigung. — Die Folgen der Zerrüttung für die verschiedenen Schuldner- und Gläubigerländer. — Mittel und Wege zum Wiederaufbau. — Internationales Zusammenarbeiten unerläßlich. — Ein internationales Memorandum.

Die wahren Ursachen unserer Wirtschafts- und Finanznot. Von Dr. Oscar Stillich, Dozent an der Humboldt-Hochschule in Berlin. Geist und Arbeit, Schriften zu Deutschlands Erneuerung. Berlin 1920. Zentralverlag m. b. H. Preis ℳ 1.20.

Ist die Revolution die Ursache des verlorenen Weltkrieges? — Die Wurzeln des gegenwärtigen Gütermangels. — Die Entstehung des Kriegsreichtums und sein Einfluß auf die Gesamtwirtschaft. — Die Verminderung unserer Leistungsfähigkeit. — Die Veränderungen in der Landwirtschaft und ihre Rückwirkungen auf die Ernährung. — Unser Finanzelend als Folge schlechter Kriegsfinanzierung. — Die Geldentwertung und ihre Ursachen.

Schulden, Steuern und Valuta. Von R. Kuczynski. Berlin 1920. Verlag Hans Robert Engelmann. Preis ℳ 3.—.

Kohlensäure und Pflanzenwachstum. Von Prof. Dr. F. Bornemann, Privatdozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin. Mit 11 Textabbildungen. Berlin 1920. Verlagsbuchhandlung Paul Parey. Preis ℳ 8.50.

Geschichtliche Entwicklung der Erkenntnis vom Wesen der Assimilation. — Der Effekt der Assimilation bei höherem Kohlensäuregehalt der Luft. — Das Verhältnis zwischen Boden- und Lufternährung und ihr Einfluß auf das Wachstum. — Vegetationsversuche in freier Luft. — Der Boden als Kohlensäurequelle.

Rückkehr zur Weltwirtschaft. Die Organisation der Weltwirtschaft auf sozialer und kontinentaler Grundlage. Von Adolf Günther, Professor an der Universität Berlin. München und Leipzig 1920. Verlag von Duncker & Humblot. Preis ℳ 8.—.

Vorbemerkung. — Wesen, Ziele und Grenzen der weltwirtschaftlichen Organisation. — Die Gebiete der weltwirtschaftlichen Organisation. — Einzelaufgaben der weltwirtschaftlichen Organisation. — Schluß.

Das Reichsnotopfer, zweiter Teil. Wege zum Wiederaufbau. Von Maxim Neumann (München), ehemaliger Generaldirektor der Steaua Romana in Bukarest. München und Leipzig 1920. Verlag von Duncker & Humblot. Preis ℳ 2.—

Das Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 und die gemeinwirtschaftlichen Bestimmungen der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 nebst Kohlen-, Kali- und Elektrizitätswirtschafts-Gesetzgebung. Erläutert von Dr. Otto Reier, Rechtsanwalt und Notar in Hirschberg i. Sch. Berlin und Leipzig 1920. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Cruyter & Co. Guttentagsche Sammlung Nr. 141. Deutsche Reichsgesetze, Textausgaben mit Anmerkungen. Preis ℳ 10.—.

Das Sozialisierungsgesetz vom 23. III. 1919. — Gemeinwirtschaft und Individualwirtschaft. — Allgemeiner Teil über die deutsche Gemeinwirtschaft. — Besonderer Teil über die deutsche Gemeinwirtschaft. — Einzelgesetze und Ausführungsbestimmungen. — Abkürzungen. — Chronologisches Verzeichnis der benutzten Gesetze. — Wortregister.

Handels-Hochschule Berlin. Amtliches Verzeichnis der Vorlesungen und Uebungen. Sommersemester 1920. Berlin. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger. Preis ℳ —.50.

Zur Einführung. — Lehrkörper. — Institute und Seminare. — Vorlesungen und Uebungen. — Stundenübersicht.

Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen. Herausgegeben von Geh.-Rat Professor Dr. Georg Schanz in Würzburg und Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Julius Wolf in Berlin.

64. Heft: Die Reste der russischen Volkswirtschaft. Von Dr. Bernhard Treuenfels, Charlottenburg-Berlin. Preis ℳ 9.—.

Einwirkungen des Krieges bis zur Revolution. — Nach der März-Revolution bis zum 7. November 1917. — Die Mittelmächte und die ukrainische Wirtschaft (1918). — Die Lage der russischen Volkswirtschaft im Jahre 1919.

Heft 65: Katastrophenhausse und Geldentwertung. Von Dr. Moriz Dub, Wien. Preis ℳ 3,60.

Heft 66: Vorschläge zur künftigen Ausbildung der Reichssteuerbeamten. Von Prof. Dr. Ludwig Waldecker, Privatdozent für öffentliches Recht an der Universität Berlin. Preis ℳ 3.—.

Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart 1920.

Lehren der Revolution. Zur Frage Reform oder Revolution. Von Geheimrat Prof. Dr. Siegmund Günther (München). München und Leipzig 1920. Verlag von Duncker & Humblot. Preis ℳ 3.—.

Versittlichung des Arbeitslebens. Wege zur Wiedererweckung der Berufsfreude und Arbeitslust. Von Dr. Bruno Rauecker. München und Leipzig 1920. Verlag von Duncker & Humblot. Heft 3 der Schriften der Ortsgruppe München der Gesellschaft für soziale Reform. Preis ℳ 2.—.

Sowjetrussland und wir! Ist ein wirtschaftliches Abkommen mit Räterussland zurzeit erstrebenswert? Von Dr. Roderich von Ungern-Sternberg. Berlin 1920. Verlag für Sozialwissenschaft, SW 68, Lindenstr. 114. Preis ℳ 3.—.

Prüfung und Kritik einer Bilanz im Warengeschäft. Durchgeführt an einem Beispiele der Praxis. Sechste, verbesserte Auflage. Von W. Heinzerling, M.-Gladbach. Berlin-Charlottenburg, Hans Th. Hoffmann, Verlagsbuchhandlung. Preis ℳ 1.—.

Wiederaufbau oder Zusammenbruch? Von Leo Stahl. Sonderabdruck aus der Frankfurter Zeitung. Frankfurt a. Main 1920. Druck und Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. Preis ℳ 1.

Betrachtungen eines Werktätigen. Blätter für deutsches Denken. Offene Worte an das deutsche Volk. Von Bavarius. Heft 1. Grainau-Garmisch. Verlag Carl Fr. Schmidt. Preis ℳ 2.—.

Volkswille und Parteiwesen. Von Dr. E. Stadler. Leipzig 1920. Verlag von K. F. Koehler. Preis ℳ —.50.

Geldwert, Geldentwertung und Proletariat. Valutafragen. Von Emil Barth. Berlin O 27. 1920. A. Hoffmanns Verlag. Preis ℳ 1,80.

Die Sozialisierung der Wasserwirtschaft in Sachsen. Von Edmund Fischer. Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft. Heft VII. Dresden 1920. v. Zahn & Jaensch. Preis ℳ 2.50.

Die Aufgabe. — Reform des Wasserrechts. — Nutzbarmachung der Wasserkräfte. — Trinkwasserversorgung. — Bedeutung der gesellschaftlich geregelten Wasserwirtschaft für die Volksernährung. — Die Organisation der Wasserwirtschaft.

Betrachtungen und Vorschläge zur Neuordnung des deutschen Verkehrswesens. Von Wirkl. Geh. Rat Dr. Hermann Kirchhoff. Berlin 1920. Verlag des Vereines deutscher Ingenieure. Preis ℳ 3.—.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Fritz Naphtali-Berlin.

Essener Credit-Anstalt, Essen.

Bilanz am 31. Dezember 1919.

Aktiva.

Aktiva	M.	Pf
Kasse, fremde Geldsorten, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	68 535 191	08
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		
a) Wechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten	256 756 304	15
b) eigene Akzepte	—	—
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	41 417 915	31
Reports u. Lombards gegen börsengäng. Wertpap.	50 852 302	68
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen	—	—
Eigene Wertpapiere		
a) Anleihen u. verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten M. 17 905 358.59		
b) sonst. bei der Reichsbank u. and. Zentralnotenbank. beleihbare Wertpapiere „ 1 239 353.36		
c) sonst. börseng. Wertpap. „ 872 869.80		
d) sonstige Wertpapiere „ 815 330.35	20 832 912	10
Konsortialbeteiligungen	3 023 709	02
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	3 412 201	42
Debitoren in laufender Rechnung		
a) gedeckte M. 84 542 663.11		
b) ungedeckte „ 138 000 844.83	222 543 507	94
Ausserdem:		
Aval- u. Bürgschaftsdebitoren M. 73 545 093.94		
Forderungen an das Reich u. die Reichsbank aus für Rechn. derselb. übern. Verbindlichkeiten	45 004 111	85
Bankgebäude	5 501 160	08
Sonstige Immobilien	50 941	09
Effekten-Kto. des Beamten-Unterstützungsfonds	1 358 772	90
	719 289 029	62

Passiva.

Passiva	M.	Pf
Aktienkapital	92 000 000	—
Reserven		
Reservefonds I , M. 19 000 000.—		
Reservefonds II „ 6 415 000.—		
Konto-Korrent-Reserve „ 1 500 000.—	26 915 000	—
Kreditoren		
a) Nostroverpflichtungen	393 239	15
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	208	50
c) Guthaben deutscher Banken u. Bankfirmen	16 416 550	27
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung		
1. innerh. 7 Tagen fällig M. 136 768 455.69		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig „ 11 692 264.88		
3. nach 3 Monaten fällig „ 65 617 380.95	214 078 101	52
e) Sonstige Kreditoren		
1. innerh. 7 Tagen fällig M. 270 472 921.98		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig „ 12 533 255.68		
3. nach 3 Monaten fällig „ 15 855 348.41	298 861 526	07
Akzepte und Schecks	10 617 682	23
Ausserdem:		
Aval- u. Bürgschaftsverpflicht. M. 73 545 093.94		
Für Rechnung des Reiches und der Reichsbank übernommene Verbindlichkeiten	45 004 111	85
Rückständige Dividende	54 063	—
Beamten-Unterstützungsfonds	1 469 565	45
Albert-Müller-Stiftung	66 478	10
Kriegsgewinnsteuer-Konto	942 000	—
Talonsteuer-Konto	505 800	—
Reingewinn	11 964 703	48
	719 289 029	62

Gewinn- und Verlust-Konto am 31. Dezember 1919.

Soll.

Soll	M.	Pf
Allgemeine Unkosten, Gehälter und Vergütungen an die Beamten	8 575 024	48
Steuern	3 084 026	67
Abschreibung auf Bankgebäude	250 000	—
Abschreibung auf Konto-Korrent-Konto	230 000	—
Reingewinn	11 964 703	48
Gewinnverwendung:		
Fonds für gemeinnützige Zwecke M. 30 000.—		
Beamten-Unterstützungsfonds „ 100 000.—		
Rückstellung für Talonsteuer „ 184 000.—		
9% Div. auf M. 92 000 000.— Aktienkapital „ 8 280 000.—		
Statutarische u. vertragsmässige Gewinnanteile an Aufsichtsrat u. Vorstand sowie Vergütungen an Ortsausschüsse „ 1 452 814.85		
Vortrag auf 1920 „ 1 917 888.63		
M. 11 964 703.48		
	24 103 754	63

Haben.

Haben	M.	Pf
Vortrag aus 1918	1 738 639	25
Zinsen aus Wechsel-, Effekten-, Konto-Korrent-Verkehr einschl. Gewinn aus dauernden Beteiligungen nach Abzug der auf Scheck- und Depositeneinlagen gezahlten Zinsen	14 128 449	25
Effekten-Gewinn	607 607	61
Provision	7 629 058	52
	24 103 754	63

Die Dividende für das Jahr 1919 ist auf 9% festgesetzt; die Auszahlung erfolgt vom 21. Mai d. J. ab gegen Einlieferung des Dividendenscheines mit: M. 54.— für Nr. 8 der alten 200-Taler-Aktien mit Nr. bis zu 30 000, M. 108.— für Nr. 8 der 1200-Mark-Aktien mit Nr. 30 001—71 250, M. 108.— für Nr. 1 der 1200-Mark-Aktien mit Nr. 71 251—72 082, M. 108.— für Nr. 9 der 1200-Mark-Aktien mit Nr. 72 083—81 250, M. 108.— für Nr. 7 der 1200-Mark-Aktien mit Nr. 81 251—96 250, M. 108.— für Nr. 2 der 1200-Mark-Aktien mit Nr. 96 251—97 915, M. 180.— für Nr. 2 der 2000-Mark-Aktie mit Nr. 97 916 bei unseren Kassen in **Essen, Altenessen, Bocholt i. W., Bochum, Borbeck, Bottrop, Dorsten, Dortmund, Duisburg, D.-Ruhrort, Düsseldorf, Emmerich, Gelsenkirchen, Hamborn, Hattingen, Herne i. W., Homberg (Rhein), Iserlohn, Mülheim (Ruhr), Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Wanne, Wesel** und **Witten**, sowie in **Berlin** bei der **Deutschen Bank**, bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft**, in **Köln** bei der **Deutschen Bank Filiale Köln**, in **Düsseldorf** bei Herrn **C. G. Trinkaus**, in **Elberfeld** bei der **Bergisch-Märkischen Bank, Filiale der Deutschen Bank**, in **Hagen** bei Herrn **Ernst Osthaus**, in **Hannover** bei der **Hannoverschen Bank.**

Essen, den 20. Mai 1920.

Essener Credit-Anstalt. [2114

Norddeutsche Wollkämmerei u. Kammgarnspinnerei.

Bilanz vom 31. Dezember 1919.

Aktiva.		M.	Pf
Kassa- und Wechsel-Konto: Bestand am 31. Dezember 1919		4 713 823	92
Grundstücke, Fabrikgebäude, Wasserkräfte, Eisenbahnanlagen usw. in Delmenhorst, Neudek, Wien, Hamburg, Bahrenfeld, Reiherstieg, Nowawes, Fulda, Glücksbrunn, Eisenach, Langensalza, Mühlhausen in Thüringen, Kappel, Dresden, Argentinien und Uruguay			
Aufwend. bis 31. Dez. 1918	M. 20 386 241.46		
Zugang in 1919	„ 34 396.06		
	M. 20 420 637.52		
Abschreib. bis 31. Dez. 1918 M. 9 047 837.80			
Abschreib. für 1919 „ 739 666.61	„ 9 787 504.41	10 633 133	11
Beamten- und Arbeiterwohnungen, Krankenhäuser, Mädchen- und Jünglingsheime, Wöchnerinnenheim, Säuglingsheim, Kindergärten, Badeanstalten, Wirtschaften, Konsumvereine, Bäckereien usw. in Delmenhorst, Neudek, Bahrenfeld, Glücksbrunn, Eisenach, Mühlhausen, Langensalza und Kappel			
Aufwend. bis 31. Dez. 1918	M. 4 403 093.98		
Zugang in 1919	„ 6 262.67		
	M. 4 409 356.65		
Abschreib. bis 31. Dez. 1918 M. 2 302 591.98			
Abschreib. für 1919 „ 131 762.67	„ 2 434 354.65	1 975 002	—
Maschinen-Konto in allen Fabriken			
Aufwend. bis 31. Dez. 1918	M. 22 808 569.49		
Abgang in 1919	„ 15 257.20		
	M. 22 793 312.29		
Abschreib. bis 31. Dez. 1918 M. 21 218 548.49			
Abschreib. für 1919 „ 163 742.80	„ 21 382 291.29	1 411 021	—
Inventar-Konto in allen Fabriken			
Aufwend. bis 31. Dez. 1918	M. 1 871 112.58		
Abgang in 1919	„ 1.—		
	M. 1 871 111.58		
Abschreib. bis 31. Dez. 1918	„ 1 871 073.58		
38 Konten je M. 1.— =	M. 38.—	38	—
Konto für landwirtschaftliche Betriebe		479 262	59
Material-Konto, Vorräte in allen Fabriken . .		1 184 951	05
Darlehen-Konto, Darlehen auf Arbeiterhäuser gegen Hypothek		192 435	25
Patent- und Schutzmarken-Konto		1	—
Feuerversicherungs-Konto, vorausbezahlte Versicherungs-Prämien		204 715	72
Effekten-Konto		6 993 930	25
Konto für Beteiligungen		1 523 528	—
Vorräte v. Wolle u. Fabrikaten in allen Fabriken		70 606 064	80
Debitoren- und Kreditoren-Konto, Debitoren .		44 331 842	56
		144249749	25

Passiva.		M.	Pf
Aktien-Konto		22 500 000	—
Reservefonds-Konto		4 000 000	—
Spezial-Reservefonds-Konto		5 000 000	—
Rückstellung zum Besten der Beamten u. Arbeiter	M. 1 350 000.—		
Der Pensions-, Witwen- und Waisenkasse für Beamte u. Meister zugeschr.	M. 1 350 000.—	—	—
Rückstellung für allgemeine dem Wohle der Arbeiter unserer Fabriken gewidmete Zwecke	M. 1 500 000 —		
in 1919 entnommen . . .	M. 175 225.76		
Transport		31 500 000	—
Transport		31 500 000	—
Der Pensions- und Witwenkasse für die Arbeiter der Neudeker Fabrik zugeschr.	M. 1 324 774.24		
	M. 1 500 000.—	—	—
Prioritäts-Anleihen-Konto			
4% Anleihe von 1890 M. 4 000 000.— bis 31. Dez. 1918 getilgt M. 1 920 000.— in 1919 getilgt M. 80 000.— M. 2 000 000.—	M. 2 000 000.—		
4½% Anleihe auf Neudek von 1895 M. 1 500 000.— bis 31. Dez. 1918 getilgt M. 570 000.— in 1919 getilgt M. 30 000.— M. 600 000.—	M. 900 000.—	2 900 000	—
4% nicht hypothekarisch eingetragene Anleihe von 1906	M. 3 150 000.—		
bis 31. Dezember 1918 getilgt M. 1 670 500.— in 1919 getilgt „ 203 300.—	„ 1 873 800.—	1 276 200	—
4½% Prioritäts-Anleihe auf die Fabrik in Eisenach	M. 1 000 000.—		
bis 31. Dezember 1918 getilgt M. 547 000.— in 1919 getilgt „ 55 500.—	„ 602 500.—	397 500	—
Zinsen-Konto der Prioritäts- und anderen Anleihen, Vortrag		50 079	20
Unerhobene Zinsen der Anleihen v. 1890 u. 1895		3 256	—
Ausgeloste, nicht vorgekommene Anteilscheine der Anleihen von 1890 und 1895		3 000	—
Unerhobene Dividenden		23 330	—
Tratten-Konto, laufende Wechsel-Akzepte . . .		13 464 546	48
Unkosten-Konto, Vortrag		169 813	45
Rückstell. für Zinsbogensteuer	M. 129 750.—		
Zugang aus 1918	„ 60 000.—	189 750	—
Unfallversicherungs-Konto, Vortrag auf 1920 .		91 000	—
Pensions-, Witwen- u. Waisenkasse für Beamte u. Meister	M. 571 476.27		
Zinsen u. Beiträge der Firma	„ 55 838.77		
Zuschreib. von d. Rückst. zum Besten der Beamt. u. Arbeiter	„ 1 350 000.—		
	M. 1 977 315.04		
ab gezahlte Pensionen . .	„ 27 052.—	1 950 263	04
Pensions- und Witwenkasse für d. Arbeiter d. Neudeker Fabrik	M. 410 584.35		
Zinsen und Beiträge . . .	„ 36 229.37		
Zuschreib. v. dem Fond für allgem. dem Wohle der Arbeiter uns. Fabriken gewidmete Zwecke	„ 1 324 774.24		
	M. 1 771 587.96		
ab Pensionen u. Rückzahl. .	„ 6 345.—	1 765 242	96
Pensions- und Witwen-Kasse in Eisenach . . .		20 207	98
Unterstützungsfonds in Glücksbrunn „von Weiss'sche Stiftung"		96 342	45
Unterstützungsfonds in Bahrenfeld		5 700	—
Stiftung des Herrn Martin Deetjen für das Krankenhaus in Delmenhorst		18 600	—
Debitoren- und Kreditoren-Konto, Kreditoren .		74 839 177	66
Gewinn- und Verlust-Konto, Reingewinn . . .		15 485 731	03
		144249749	25

Gewinn- und Verlust-Konto vom 31. Dezember 1919.

Verluste.		M.	Pf
Zinsen-Konto der Prioritäts- und anderen Anleihen	M. 149 924.84		
Vortrag auf 1920	„ 50 079.20	200 804	04
Krankenkassen-Konto, Beiträge der Firma . .		138 889	52
Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Konto, Beiträge der Firma		43 646	77
Transport		383 340	33

Fortsetzung auf der 3. Umschlagseite.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt" und für den Inseratenteil Rose Louis, Neukölln
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstrasse 66.